

Der Freisinn FDP

Nr. 10
Oktober 1987
9. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Bundesrätin Kopp zu einem umstrittenen Thema:

Bürger und Umweltschutz

Mit dem Verhältnis zwischen Bürger und Umweltschutz setzt sich im folgenden Aufsatz Bundesrätin Elisabeth Kopp auseinander:

Wir stehen heute wieder an einer Schwelle im Umweltschutz. War noch vor kurzer Zeit die Festlegung staatlicher Normen und Grenzwerte die grosse Herausforderung, die es angesichts der immer deutlicher erkennbaren Umweltschäden zu bewältigen galt, so ist die nächste Schwelle nun der Schritt zur marktwirtschaftlich gelenkten Umweltpolitik.

Die übliche Trennung zwischen Staat, Wirtschaft und Individuum erscheint im Lichte ganzheitlicher Betrachtung reichlich konstruiert. Jeder von uns ist Teil aller Ebenen und deshalb auch auf allen Ebenen verantwortlich, sei es als Parteimitglied, als Kunde, als Produzent und Anbieter, als Mutter oder Vater. Unabhängig davon, in welcher Rolle wir uns sehen, es gilt: Wir haben Respekt vor der Umweltbelastung. Wir begegnen den Problemen mit Offenheit und sachlich. Ebenso gilt aber, dass wir keine Angst vor den für den Umweltschutz notwendigen Massnahmen haben. Wir können noch wählen, zwar sicher nicht mehr im Grundsatz, zweifellos aber bei der Gestaltung und Durchführung. Es können ja nicht alle für den Umweltschutz alles tun, es müssen auch nicht alle das gleiche tun, aber es sollte jeder etwas tun!

Auch für jeden Einzelnen von uns stellt der Umweltschutz eine

Querschnittsaufgabe dar. Machen Sie einmal eine Umweltverträglichkeitsprüfung Ihres Tagesablaufes. Prüfen Sie die Bilanz am Abend. So wie ich mich selber kenne, weiss ich, dass es sich relativ mühelos zwischen umweltbelastenden und umweltschonenden Aktivitäten unterscheiden lässt. Gehen wir nun einen Schritt weiter und kalkulieren wir die Kosten dieser gewohnten Abläufe in Franken und Rappen.

Überlegen Sie sich, wieviel Sie zu zahlen bereit wären, wenn Sie diese oder jene Ihnen liebgeordnete Tätigkeit nur noch gegen die Abgabe einer Emissionstaxe verrichten dürften. Wieviel wäre Ihnen also beispielsweise die morgendliche Autofahrt ins Büro wert? Wieviel könnten Sie bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel einsparen? Wären Sie noch bereit, ein besonders umweltbelastendes Produkt zu kaufen, wenn Sie die entsprechenden Kosten mitfinanzieren müssten? Ihre Meinung zu diesen ketzerischen Überlegungen ist völlig nebensächlich, aber Ihre Meinung ist heute noch frei, und das ist entscheidend.

Überhaupt, Umweltschutz muss doch nicht partout eine lustfeindliche Angelegenheit sein. Stellen wir zwar diese Aufgabe auf die gleiche Stufe wie die anderen staatsbürgerlichen Pflichten

«Steuern» und «Militär», dann lässt sich ein gewisser ernsthafter Zwang nicht abstreiten, einverstanden. Wir haben es jedoch in der Hand, wie wir die Angelegenheit weiterführen wollen. Ich sage bewusst weiterführen, denn der Wagen, der rollt noch nicht zu schnell, um noch aufzuspringen, aber doch schon so zügig, um noch lange zaudern zu können. Wenn wir den Umweltschutz als Gemeinschaftsaufgabe beschreiben, so steht dahinter sehr wohl ein Konzept. Alle Beteiligten, die Wirtschaft, der Bürger, Regierungen und Verwaltungen aller Ebenen, sie müssen zusammenarbeiten auf allen Gebieten und in vielen und vielleicht noch ungewöhnlichen Formen. Erst wenn der Verbraucher auf umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen entsprechend reagiert, stimmt auch das Angebot. Dieses muss aber in einer konsumentengerechten Sprache präsentiert werden, zum Beispiel etwa so wie seit neuestem die Werbung für die Katalysatorenautos. Wer hätte das noch vor einem Jahr geglaubt...

Genauso wie sich alle bemühen, aus ihrer Steuererklärung das Maximum an Abzügen herauszuholen, können wir uns die Umkehrung des Verursacherprinzips vorstellen. Wir vermeiden nämlich die Belastung im voraus und damit auch die Kosten. Sie sehen, wir müssen unser Bewusstsein und unsere Lebensweise gar nicht sonderlich verändern. Wir haben uns lediglich zu überlegen, wie wir unsere bisherigen guten oder schlechten Gewohnheiten in den Dienst des Umweltschutzes stellen können.

Darum freisinnig wählen!

In wenigen Tagen ist die wichtigste innenpolitische Entscheidung dieses Jahres gefallen: Nach dem 18. Oktober werden wir wissen, wie die eidgenössischen Räte für die nächsten vier Jahre zusammengesetzt sind und in welcher Richtung wir Schweizer fahren werden. Und damit diese Fahrt nicht ins Ungewisse führt, sind Sie aufgerufen, an die Urne zu gehen und freisinnig zu wählen. Denn wenn Sie freisinnig wählen, wissen Sie, woran Sie sind und wie die Politik in den nächsten vier Jahren gestaltet wird.

Freisinnige Politik will Erreichtes sichern und die Zukunft gestalten. Wir Freisinnigen kämpfen für das politische Gleichgewicht. Wir suchen nach einer sinnvollen Verknüpfung von wirtschaftlichem und technischem Fortschritt einerseits und Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen andererseits. Wir wollen eine Öffnung zur Welt, bei gleichzeitiger Sicherung unserer Eigenständigkeit. Wir plädieren für einen fortschrittlichen, leistungsfähigen, föderalistisch aufgebauten Staat, der Freiheit und Selbstverantwortung sowie Sicherheit und Geborgenheit eines jeden Einzelnen gewährleistet.

Wir Freisinnigen stellen uns den Problemen und Herausforderungen unserer Zeit. Wir beschäftigen uns nicht nur mit einem Thema, sondern mit der ganzen Breite des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Und dies mit einer Politik, die Resultate bringt. Setzen Sie mit dem Gang zur Urne und der Wahl von freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten alles daran, dass die Ideale der Freiheit, der Selbstverantwortung und des sozialen Rechtsstaates auch inskünftig Massstäbe schweizerischer Politik sind. Wir danken Ihnen dafür.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)

Der Präsident

B. Hunziker

Dr. Bruno Hunziker
Nationalrat

Der Generalsekretär

H. Leuenberger

Hans Rudolf Leuenberger

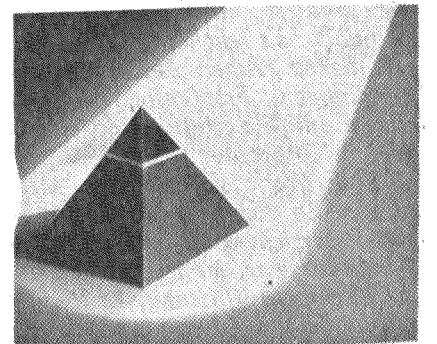


Zu einem vollen Erfolg wurde der Wahlparteitag der FDP der Schweiz in Aarau. Über 800 Freisinnige fanden sich aus der ganzen Schweiz ein. Den Umzug vom Bahnhof zum Tagungsort führten (v.l.n.r.) Parteipräsident Nationalrat Bruno Hunziker, Bundesrätin Elisabeth Kopp, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz sowie Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi an. (Foto ruti)

Inhalt

Alles,
was Sie vor
und für den
18. Oktober
wissen müssen!

SKA-Anlage-Service ^{plus}



Der SKA-Anlage-Service plus
präsentiert sich mit immer neuen
Spitzenleistungen.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

Neues aus der JBS

Aktionsprogramm verabschiedet

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS), mit rund 6000 Mitgliedern die grösste Jungpartei der Schweiz, hat an ihrem ordentlichen Kongress in Pruntrut JU ihr Aktionsprogramm verabschiedet. Die Jungliberalen nehmen in ihrem Programm zu allen politischen Themen Stellung.

In der Staatspolitik fordert die JBS, neben der Totalrevision der Bundesverfassung, einen Ausbau der Volksrechte durch die Einführung des Finanzreferendums, der Gesetzesinitiative und der Verfassungsgerichtsbarkeit auf Bundesebene. Im weiteren soll der Bürger die Möglichkeit haben, gegen wichtige Parlamentsbeschlüsse, die einen Verwaltungsakt darstellen, das Referendum zu ergreifen. Der Stimmbürger soll damit vermehrt die Gelegenheit erhalten, über Vorlagen abzustimmen, von denen er sich persönlich betroffen fühlt.

Als zentrales jugendpolitisches Anliegen betrachten die Jungliberalen weiterhin die Herabsetzung des Mündigkeits- sowie des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre. Nur so kann der junge Mensch früh genug in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Die Frage des Schutzalters soll, nach Ansicht der JBS, so geregelt werden, dass die Liebe unter Jugendlichen nicht mehr strafbar ist. Von der starren Regelung, wie die Schweiz sie heute kennt, muss abgesehen werden.

Im Bereich des Umweltschutzes verlangt die JBS eine bessere Erziehung zu einem umweltgerechten Verhalten. Die Schweizer müssen lernen, ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen und nicht nur von den andern Einschränkungen zu erwarten. Bevor weitere Gesetze für den Umweltschutz beschlossen werden, müssen die bestehenden Erlasse konsequent vollzogen werden. Um

diese Aufgabe wahrzunehmen, muss der Staat über die notwendigen technischen und personellen Mittel verfügen. Die Schweiz muss in der Lage sein, die hier anfallenden gefährlichen Abfälle selber zu entsorgen. Aus diesem Grund fordern die Jungliberalen die Errichtung von Sondermülldeponien, die nach den neuesten technischen Erkenntnissen konstruiert sein müssen.

Im Aktionsprogramm wird die Reduktion der steuerlichen Belastung von Ehepaaren und Familien gefordert. Dies darf jedoch nicht auf dem Buckel der Alleinstehenden geschehen. Deshalb fordert die JBS die Einführung des Vollsplittingprinzips bei der Besteuerung von Ehegatten.

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz tritt in ihrem Programm auch für die Legalisierung des Konsums und des Handels mit Cannabisprodukten ein. Marihuana und Haschisch sollen an kontrollierten Stellen verkauft werden. Es ist nicht einzusehen, dass die Prohibition aufrechterhalten wird, obwohl Cannabisprodukte erwiesenermassen nicht schädlicher sind als Alkohol. Durch die Legalisierung können auch die Märkte von harten und weichen Drogen getrennt werden. Der Konsum von harten Drogen soll nach Meinung der JBS ebenfalls nicht länger bestraft werden, da die Bestrafung die Wiedereingliederung in die Gesellschaft erschwert. Für nicht-süchtige Händler von harten Drogen fordern die Jungliberalen jedoch eine härtere Bestrafung.

Zufrieden, aber noch kein Rückzug der Initiative

FDP-Stellungnahme zu den Bundessteuerbeschlüssen des Nationalrates

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat mit grosser Genugtuung vom Entscheid des Nationalrates beim Sofortprogramm über die direkte Bundessteuer Kenntnis genommen. Sie begrüsst die darin enthaltene steuerliche Entlastung von Ehepaaren und Familien. In Zusammenarbeit mit den andern bürgerlichen Fraktionen im Rat ist es gelungen, den Vorstellungen, wie sie im freisinnigen Volksbegehren enthalten sind, weitgehend zum Durchbruch zu verhelfen. Dieses zielt auf eine Verflachung des Tarifs ohne steuerliche Mehrbelastung bestimmter Steuerpflichtiger - wie beispielsweise Alleinstehender - ab. Die gutegeheissene Vorlage ist bis Ende 1992 befristet. Deshalb besteht für die FDP im heutigen Zeitpunkt kein Anlass zum Rückzug ihrer Initiative für «ehe- und familienfreundlichere Bundessteuern».

Leserbriefe

Keine Angst vor den Grünen!

Mit Unverständnis verfolge ich die gegenwärtige Angst auch freisinnig-demokratischer Kreise vor dem Vormarsch der Grünen Partei. Der Schock über den Erfolg dieser Farbe bei den Kantonsratswahlen scheint auf eine ganz erhebliche Art, von den Medien geschürt, nachzuwirken. Unsere eigenen Reihen vergessen dabei, dass gerade unsere Partei im Vergleich zu den «Möchte-ger-n-Grünen» (z. B. EVP und Landesring) relativ sehr gut abgeschnitten hat. Die Grünen werden sich ohne Zweifel als dritte politische Kraft neben der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien etablieren, aber - siehe Beispiel Bundesrepublik Deutschland - auf Kosten der SP. Die Grünen sind auch keine Eintagsfliegen à la NA. Wer dies glaubt, macht sich Illusionen, doch wachsen deren Bäume nicht in den Himmel. Ein Wähleranteil von 10 bis 15% dürfte kaum über-raschen, aber deswegen ist Zittern auf freisinnig-demokratischer Seite nicht angezeigt, denn ein Einbruch in unser Stammpotential wird auch in Zukunft nicht zu erwarten sein.

Was soll dieses unbegründete Bangen? Es wird in Zukunft drei politische Hauptkräfte in der Schweiz geben: ein starker FDP/CVP/SVP-Block, eine dezimierte Sozialdemokratie und ein von dunkel- bis lindgrün schillernder Haufen von GP/EVP/LdU-Parlamentariern.

Thomas Schmidhauser Winterthur

Die «Vollidioten» oder hinterhältige Wahlpropaganda

In der «Rundschau» des Fernsehens DRS vom 1. September hat Anton Schaller mit dem Publizisten Dr. Oskar Reck ein Gespräch geführt über die Frage, ob es im Oktober in der Schweiz zur politischen Wende kommen werde. Dass beide Herren die Wende offensichtlich erhoffen, ist ihr gutes Recht und tut hier nichts zur Sache. Sehr viel zur Sache tut hingegen, wie Herr Reck alle diejenigen Wähler einschätzt - es handelt sich erfahrungsgemäss um einen erheblichen Anteil -, die unveränderte, nicht panaschierte Listen einlegen werden. Herr Reck bezeichnet sie kurzerhand als Vollidioten. Ich gehöre als Mitglied der FDP seit 50 Jahren zu ihnen - mit wenigen Ausnahmen. Weil ich das Gedankengut und die politischen Grundsätze meiner Partei teile, auch wenn ich vielleicht da und dort andere Akzente setzen würde. Und weil ich «meinen» Parlamentariern, die übrigens gemäss Verfassung ohne Instruktion stimmen, vertraue, dass sie bei aller berechtigten Wahrung der Interessen der ihnen nahestehenden Gesellschaftsgruppen nach bestem Wissen und Gewissen danach streben, dem Gemeinwohl zu dienen. Sie tun dies, ohne in ideologischer Sturheit und Einseitigkeit für sich in Anspruch zu nehmen, allein die Wahrheit gepachtet zu haben, und ohne nach den guten oder schlechten Noten zu schielen, die sie in den neuesten in Schwung gekommenen unsinnigen und massiv manipulierte Polittarifen erhalten werden.

Die Äusserung des Herrn Reck ist nicht nur in höchstem Masse intolerant, undemokratisch und staatsbürgerlich unverantwortlich, sie zeugt darüber hinaus von einer kaum mehr zu überbietenden

Reformbedürftiges Parlament?

Wir verfügen über ein politisches System, das stabil ist und normalerweise solide Arbeit leistet. Aber es gerät immer mehr in den Ruf, langsam zu arbeiten - nach Ansicht vieler Kreise zu langsam, um mit neuen Problemen rechtzeitig fertig zu werden. Darum kam es in letzter Zeit auch vermehrt zu Gründungen neuer Parteien, und mit Blick auf die eidgenössischen Wahlen wurde sogar der Ruf nach einer «Wende» laut.

Da das Volk schon mehrmals deutlich signalisiert hat, dass es trotzdem keinerlei grundlegende Änderungen am staatlichen Aufbau oder am Wahlsystem wünsche, stellt sich die Frage, ob innerhalb des geltenden Systems noch Verbesserungen möglich seien. Dies gilt vor allem für das Parlament, das nach allgemeiner Ansicht ein «Parlament im Nebenamt» bleiben soll und von dem trotzdem immer mehr verlangt wird.

Tatsache ist, dass vor allem in den Kommissionen generell sehr fleissig und gründlich gearbeitet wird, und zwar um so eher, je konkreter und überschaubarer ein Problem ist. Schwieriger wird es, wenn Neuland betreten werden muss, wo vielfach auch die Experten noch uneinig sind, oder wenn es darum geht, langfristige Weichenstellungen im Sinne von Gesamtkonzeptionen etwa der Verkehrs- oder Energiepolitik vorzunehmen. Dann breitet sich rasch Ratlosigkeit aus, und vielfach münden die langwierigen Beratungen in Entscheiden aus, die alle Merkmale nicht nur von mühsam ausgehandelten Kompromissen, sondern auch von Abnützungs- und Ermüdungsercheinungen aufweisen.

Das Problem dieser Überforderungen ist längst erkannt. Das Parlament selbst hat seit über zwei Jahrzehnten immer wieder Anläufe zu Reformen unternommen, und manches ist auch verbessert worden. Doch im internationalen Vergleich zeichnen sich die Arbeitsverhältnisse für die Parlamentarier nach wie vor durch fast spartanische Kargheit aus. Es fehlt im Bundeshaus an Arbeitsplätzen. Sekretariatsleistungen können aus personellen Gründen nur im Ausnahmefall durch die Fraktionsbüros erbracht werden. Der Dokumentationsdienst des Parlaments ist zwar sehr leistungsfähig, aber eigentliche politische Sachbearbeiter stehen den Volkswrtern nicht zur Verfügung.

dummdreisten Arroganz und Selbstgerechtigkeit. Zu Recht wird seine undifferenzierte Stegreifkritik an unserem Parlament und den traditionellen Parteien in einem Leserbrief der NZZ als Totengräberarbeit an unserer Demokratie bezeichnet. Wo bleibt bei solcher politischer Unkultur die Qualifikation als Vorsitzender der sogenannten «Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen»?

Dr. Martin Bader Oetwil am See

Für eine wirkliche Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches

Unter dem Titel «Mehr Toleranz - auch in der Politik» legte Nationalrat Felix Auer in der letzten «Freisinn»-Ausgabe dar, wie schwierig es mitunter ist, in brisanten gesellschaftspolitischen Fragen eine Lösung zu erzielen. Er nennt unter anderem:

- das Problem der Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen: pazifistische Überzeugung einzelner Personen gegen die Forderung der Mitbürger nach einer starken, von der ganzen Volksgemeinschaft getragenen Landesverteidigung;
- die Asylfrage: Schutzbedürfnis der Verfolgten gegen das Risiko eines Missbrauchs des Asylrechtes durch Hunderttausende von Zuwanderern, welche einfach ein bequemeres Leben suchen;
- den Schwangerschaftsabbruch: die na-dementlich in religiös-konservativen Kreisen - nicht nur im Katholizismus - verbreitete Gleichsetzung der Abtreibung mit Mord gegen das Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren.

Während in den beiden erstgenannten Problembereichen individualistische und



Auf diesem Hintergrund ist es fast müssig, über vermehrte Kompetenzen des Parlaments zum Beispiel im Bereich der gegenwärtig zur Diskussion stehenden langfristigen politischen Planung zu streiten. Denn abgesehen von der Schwierigkeit, im Vielparteiensystem zu klaren, einheitlichen Meinungen des Gesamtparlaments zu kommen, hätten die Parlamentarier zweifellos Mühe, den entsprechenden Zusatzaufwand an Sitzungen und intensiven «Hausaufgaben» zu erbringen.

Immerhin wäre es in diesem Zusammenhang sicherlich kein Luxus, wenn es zu einer breiteren Diskussion über Aufgaben und Arbeitsmethoden des Parlaments käme. Im Vergleich zum englischen Unterhaus etwa kümmern wir uns viel mehr um Detailfragen. Dafür fehlt uns dann die Zeit für Grundsatzdebatten. Auch die heutige Praxis der Verwaltungskontrolle lässt manche Frage offen; insbesondere gibt die Rollenverteilung zwischen Parlament und Bundesrat immer wieder Anlass zu teils hitzigen Disputen.

Es wird Aufgabe des neuen Parlaments sein, hier mit der nötigen Umsicht ans Werk zu gehen. Dabei bedarf es aber auch der Einsicht der Öffentlichkeit, dass die Überforderung des politischen Apparats nicht zuletzt auch eine Folge der flutartig angewachsenen Zahl der Volksbegehren und der Anliegen von Kantonen oder Organisationen an «Bern» verkörpert. Mehr Disziplin und Konzentration auf das Wesentliche wäre also nicht nur bei jenen erwünscht, die sich unter der Bundeshauskuppel um die eidgenössische Politik abmühen.

Nationalrat Richard Reich (FDP), Forch ZH

AKW's Nein - Afghanistan nix verstehen

«Frauen für Frieden» mit einseitiger Optik

Rosalinde, die für den Nationalrat kandidiert, hat viel, viel Papier erhalten und zahlreiche Einladungen, mittels allerlei Schulungskursen und teurer Imagepflege ihre Wahlchancen gewaltig zu erhöhen. Sie hat darauf verzichtet.

Nicht drücken kann sich aber Rosalinde von diversen Fragebögen, die ins Haus geflattert kommen. Aber das ist ganz einfach: Sie muss gar nicht viel wissen und denken, nur bei jeder Frage einfach «Ja» oder «Nein» schreiben. Und wenn sie das jeweils richtig macht, wird sie bald von den verschiedenen anfragenden Interessengruppen öffentlich zur Wahl empfohlen.

Aber so einfach ist das gar nicht jedesmal! Da senden zum Beispiel die «Frauen für den Frieden» einen Fragebogen. Selbstverständlich ist auch Rosalinde für den Frieden. Sie studiert daher die Fragen gründlich. Es leuchtet ihr ein, dass mit diesen Fragen Abrüstungsverhandlungen, Friedensforschungsinstitute und die Militärbudgets angesprochen werden.

Eine Frage verlangt die Meinung Rosalindes zur Mutterschaftsversicherung. Sie befürwortet diese zwar, ist jedoch der bescheidenen Auffassung, es handle sich dabei um ein rein innerschweizerisches Problem der Sozialpolitik. Und es leuchtet ihr nicht ein, weshalb ihr Ja dazu ein Beitrag für die Erhaltung des Weltfriedens sein soll. Auch meint sie, ihre Stellungnahme zur AKW-Ausstiegsinitiative - auch dies wird eruiert - betreffe die schweizerische Energiepolitik und werde die Gross-

mächte kaum stark beeindrucken, die über Krieg und Frieden entscheiden. Umgekehrt wiederum vermisst Rosalinde Fragen über die Entwicklungshilfe oder über die Verletzung der Menschenrechte in Diktaturen verschiedenster Couleur und über den Krieg in Afghanistan, alles Fragen, die ihres Erachtens etwas mit dem Frieden zu tun haben.

Trotzdem hat sie schön brav alles ausgefüllt - es ist ja so einfach: nur «Ja» oder «Nein!», aber sie fürchtet, dass nur die Hälfte ihrer Antworten den (einzig richtigen) Auffassungen der Fragestellerinnen entspricht. Also wird die friedfertige und friedliebende Rosalinde aller Voraussicht nach nicht zur Friedensfürstin erkoren und noch weniger zur Wahl empfohlen.

Aber die nationalrätliche Mitkonkurrentin Angeline wird sicher immer die richtigen Ja und Nein schreiben und würdig für eine Wahl befunden werden: Denn wer für die Mutterschaftsversicherung, gegen die Kernenergie und für eine zehnprozentige Reduktion der Ausgaben für die Schweizer Armee eintritt, der ist gewiss auch für den Frieden. Fragt sich nur, ob die in ihren AKW's Plutonium für Atomwaffen produzierenden Grossmächte, insbesondere die ihr Atomprogramm forcierende Sowjetunion, sonderlich von den helvetischen Friedensfrauen beeindruckt werden.

Rosalinde macht sich also echt Sorge, und sie kommt sich wie jener arabische Mann in Tausendundeiner Nacht vor, der vom Richter gefragt wurde: «Schlägst Du Deine Frau immer noch?»

Was sollte der Gute antworten: Ja oder Nein? Helveticus

Richtigstellung

In der letzten Nummer des «Freisinn» (9/1987) ist unter dem Titel «Mehr Toleranz auch in der Politik» ein Beitrag von Nationalrat Felix Auer abgedruckt worden, der leider zwei sinnstörende Abschreibfehler enthält. Selbstverständlich meint Nationalrat Auer idealistisch (und nicht «identisch») gesinnte Dienstverweigerer. Und Schwierigkeiten in der Asylpolitik macht uns die Interpretation des Begriffs «Flüchtling», nicht aber, wie geschrieben stand, die «Interpellation» darüber.

Tilmann Wernle, Basel

Wie die Probleme der Zukunft meistern?

Kopp: «Mein Rezept heisst Eigenverantwortung»

Wie können die Probleme der Zukunft gemeistert werden? Für Bundesrätin Elisabeth Kopp lautet das Rezept «Eigenverantwortung», wie sie in ihrer vielbeachteten Rede am Wahlparteitag der FDP der Schweiz in Aarau festhielt. Nachstehend ein Auszug aus dieser Ansprache:

Unsere Ausgangslage ist beneidenswert: Eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen ermöglicht uns einen nie dagewesenen Wohlstand. Die Arbeitslosenzahl ist niedrig. Ebenso die Inflationsrate. Mit den andern Nationen verbinden uns friedliche Beziehungen, und unser politisches System erweist sich als äusserst stabil. Doch auch unsere Bäume wachsen nicht in den Himmel, so wenig wie unser Wachstum.

Nicht rosa Brille aufsetzen

Unserem stetigen Wachstum wird aber nicht mehr nur von den langsam zur Neige gehenden Rohstoffen und Energiequellen Einhalt geboten. Begrenzt wird es vielmehr und schneller, als wir denken, durch die Aufnahme-



higkeit der Natur. Dies erfordert eine neue Lagebeurteilung. Sachlich bleiben, nicht schwarzmalen und nicht aufgeben, heisst die De-

visen, aber auch keine rosa Brille aufsetzen und daran glauben, dass sich alles von selber regelt oder die Probleme von anderen gelöst werden.

Die Probleme bewältigen wir nur, wenn wir sie verstehen lernen – in ihrer ganzen Dimension. Bewährtes und Hergebrachtes muss in Frage gestellt und überprüft werden, ob es zur Erreichung der Zielvorstellungen noch taugt. In der Politik stösst ein solches Vorgehen oft auf Widerstände, denn unbequeme Fragen werden nicht geschätzt. Eine minutiöse Analyse der Lage ist Ausgangspunkt jeder Problembewältigung. Gerade im Wirtschaftsleben bildet sie eine der Grundvoraussetzungen des Überlebenskampfes. Jeder Unternehmensleiter würde so handeln, wenn sich seine Produkte schlecht verkaufen. Doch im Unterschied zu vielen Kritikern unseres Gesellschaftssystems sucht er mögliche Konsequenzen zuerst bei sich selbst. Eigenverantwortung ist also eine Managementaufgabe.

Innen wie aussen

Eigenverantwortung gilt für Innen- wie Aussenpolitik. Wir, nicht nur die Grossmächte, müssen deshalb aktiver für den Frieden arbeiten. Wir müssen den Frieden fördern durch unsere Guten Dienste. Vermitteln helfen, wo wir darum gebeten werden. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist aber nur möglich, wenn wir es mit der bewaffneten Neutralität wirklich ernst meinen, wenn wir jedermann klar machen, dass wir uns mit allen, gegebenenfalls mit militärischen Mitteln verteidigen würden. Anders ausgedrückt: wenn wir nicht erpressbar sind. Nur dann können wir eine aktive und eigenständige Aussenpolitik führen. Nur dann bestehen Chancen, dass uns die anderen Staaten respektieren.

Dürre, Hunger, Seuchen, politische und soziale Konflikte prägen das Leben in der Dritten Welt. Davon werden auch die Industrienationen betroffen. Schuldenkrise, globale Umweltschäden, Flüchtlingsströme sind nur drei Stichworte. Aktive Entwicklungshilfe heisst Hilfe zur Selbsthilfe. Diese Arbeit darf nicht nur Hilfswerken und staatlichen Institutionen aufgebürdet werden. Entwicklungshilfe muss durch den einzelnen Bürger getragen werden. Erst wenn jeder Bürger seine ganz persönliche Beziehung zu einem Entwicklungsprojekt irgendwo auf der Welt besitzt, erst dann dürfen wir uns als humanitäres Land betrachten.

Auch im eigenen Land stellen sich immer wieder neue Aufgaben. Wir haben zwar im Umweltschutz schon einiges erreicht, doch die Belastungen sind noch lange nicht so vermindert, dass unsere Natur langfristig gesunden könnte. Der Zustand unserer Wälder zeigt es: Eine Besserung ist noch nicht in Sicht.

Nicht alle Schweizer profitieren von unserem Wohlstand. Gerade ältere Menschen sind oft sehr einsam. Einzelne Gruppen melden sich aus der Gesellschaft ab und fristen ein Randdasein. Dem Drogenproblem, und ich zähle dazu auch den Alkohol, stehen wir noch genauso ratlos gegenüber wie eh und je. Der Schritt ins Technologie- und Informationszeitalter stellt hohe Ansprüche an unsere Leistungsbereitschaft und unseren Lernwillen. Fazit: Wollen wir unsere Ziele – eine schöne Zukunft für alle! – verwirklichen, heisst es aus dem Schneckenhaus der Zufriedenheit herauszutreten und in die Hände zu spucken.

Mehrheiten von Einsichtigen schaffen

Unsere Probleme müssen wir einzeln und gemeinsam anpacken. Wir müssen Mehrheiten von Einsichtigen schaffen, dürfen aber Minderheiten nicht an den Rand drängen und ausschliessen. Es

darf nicht sein, dass Selbstverwirklichung, übersteigerter Individualismus oder gar Egoismus zum alleinigen Antrieb werden.

Es war noch nie ein leichtes Unterfangen, selber die Initiative zur Lösungssuche zu ergreifen. Aber der Einsatz lohnt sich. Es sind immer wieder Erfolge zu sehen, ja auch und gerade im Umweltschutz. Viele haben damit begonnen, den Umweltschutz als wesentliches Element in ihre anderen politischen Fragen einzubeziehen, die Landwirtschaft zum Beispiel, die Industrie.

Aufgabe für alle

Nicht nur Initiative ist verlangt, auch Kreativität. Beides ist besonders erforderlich für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Eine gesunde und florierende Wirtschaft ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verwirklichung unserer Zukunftspläne. Das gilt

Nicht  vergessen

Am 18. Oktober sind National- und Ständeratswahlen!

ganz besonders auch für den Umweltschutz.

Zur Lösung dieser Zukunftsaufgaben benötigen wir Bürger, die mitziehen und nicht nur mitgezogen werden wollen. Noch wie selten zuvor scheint es mir deshalb als gegeben, dass Eigenverantwortung das beste Rezept für die Zukunft ist.

FDP-Präsident Hunziker gegen Weltuntergangspropheten

«Einsteigen, nicht aussteigen»

Klar gegen Aussteiger und Weltuntergangspropheten wandte sich am Wahlparteitag der FDP der Schweiz Nationalrat Bruno Hunziker (Aarau). Er forderte dafür zum Mitmachen und Einsteigen auf. Nachstehend ein Auszug aus seiner Rede:

Wir wissen es und spüren es: Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Phase des kulturellen Wandels, der Orientierungsschwierigkeiten und – damit verbunden – verschärfter politischer Auseinandersetzungen. Das Vertrauen in unsere Einrichtungen und Behörden, auch in die private Initiative und in uns selber ist im Schwinden begriffen. Die Massenmedien berichten vor allem von Fehlleistungen, Pannen, Katastrophen und Skandalen. Zugegeben: Manches muss neu überdacht und geändert werden. Es sind Missstände zu beheben, gemachte Fehler zu beseitigen, und es sind Lehren zu ziehen. Dennoch ist die Wirklichkeit nicht so trostlos und verwerflich, wie Weltuntergangspropheten und die Leute, die mit sich selbst unzufrieden sind, immer wieder verkünden. Wir müssen nicht aussteigen, sondern einsteigen. Nicht Angst machen, sondern Hoffnung und Zuversicht verbreiten. Nicht Abstinenz verbreiten, sondern zum Mitmachen und Engagement auffordern. Das ist das Gebot der Stunde.

Nicht nur «grün»

Bei den kommenden eidgenössischen Wahlen geht es nicht darum, wer den Umweltschutz «erfunden» hat. Welche Partei die grünste Parole ausgegeben hat. Welche Kandidaten am meisten grüne Punkte gesammelt haben. Nicht der Grünste und nicht die grünste Partei im ganzen Lande sind gesucht. Zu wählen sind Kandidatinnen und Kandidaten sowie Parteien, die in der Lage sind, mit Augenmass zur Lösung der politischen Zukunftsprobleme beizutragen. Sei dies im Umweltschutz, in der Verkehrs- und Siedlungspolitik, in Wirtschafts- und Sozialfragen, im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der Finanz- und Steuerpolitik, in Rechts- und Sicherheitsfragen. Zu komplex ist das wirtschaftliche, gesellschaftliche und staatliche Gefüge, als dass es für die Übernahme politischer Verantwortung genügt, die Welt aus grüner Perspektive zu sehen.

Geleistetes beachten!

Sicher, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Auch wir Freisinnigen sind damit konfrontiert. Und wir wollen, wie wir das bis anhin schon getan haben, weiterhin konstruk-



tiv zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen. Wir sind uns bewusst, dass wir noch nicht am Ziel sind. Noch braucht es weitere Erkenntnisse und Anstrengungen. Aber wir sind unterwegs, haben Etappenziele erreicht. Dies zu verleugnen oder zu verniedlichen, wie dies heute Mode ist, widerspricht den Tatsachen. Darüber hinaus bringt uns eine solche Haltung keinen Schritt weiter. Auffallend ist ja an der ganzen Umweltdiskussion der Umstand, dass auf diesem Gebiet bereits Geleistetes kaum je beachtet wird. Auch wenn man sich mit dem Erreichten nicht zufriedengeben kann, muss anerkannt werden, dass die Schweiz im Umweltschutz schon heute weltweit eine Spitzenstellung einnimmt.

Forderungs-Feuerwerke mit unserem Pulver

Nicht zu übersehen sind auch Widersprüche in der Umweltpolitik. So wird einerseits der massive Ausbau des öffentlichen Verkehrs gefordert und auch bereits realisiert. Gleichzeitig wird aber dem Bau weiterer Elektrizitätswerke,

Fortsetzung auf Seite 4

Wir stellen uns den Problemen von heute und morgen:

Anders als andere.

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei

«Anders als andere» – so lautet die neue Selbstdarstellungsbroschüre der FDP der Schweiz. Sie enthält nicht nur Argumente für einen Parteibeitritt, sondern auch zahlreiche Zahlen und Fakten zur FDP der Schweiz.

Bitte senden Sie mir die Broschüre «Anders als andere» zu. Gratis.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Talon einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern



Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke grüne Werke

Fortsetzung von Seite 3

seien es Kern- oder Wasserkraftwerke, Widerstand geleistet, obwohl der Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu einer Zunahme des Elektrizitätsbedarfs führen wird. Auch das Problem der Entsorgung ist ungelöst. Namentlich fehlen geeignete Lagerstätten für Sondermüll. Diese zu realisieren wird aber so lange nicht möglich sein, als sich jede der vorgesehenen Standortgemeinden vehement gegen die Errichtung einer Sondermülldeponie sträubt.

In den letzten Monaten haben wir oft genug Feuerwerke mit stets neuen und oft zuwenig durchdachten Forderungen im Umweltbereich gesehen. Was wir heute brauchen, sind nicht noch mehr Feuerwerke, bei denen das Pulver schon nass geworden ist, ehe es gezündet hat, sondern der Vollzug der eingeleiteten Massnahmen. Eine knochenharte, wenig spektakuläre und deshalb für gewisse Kreise wenig attraktive Aufgabe.

Wir Freisinnigen gehörten – und werden es auch inskünftig nicht sein – nicht zu jenen, die am lautesten riefen, wenn es ums Fordern ging. Aber wir haben bei der Realisierung massgeblich mitgewirkt. Wir haben im Bewusstsein gehandelt, dass eine langfristige tragbare Umweltpolitik nicht auf Hektik und vom Zaune gerissenen, vielleicht im Augenblick populären Massnahmen beruhen kann. Wir müssen, um sinnvolle Entscheide treffen zu können, den Blick aufs Ganze richten. Aus einem zeitgemässen, vernetzten Denken heraus die ökologischen Belange stets im Zusammenhang mit den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen sehen.

Nicht nur ein Thema

Wir Freisinnigen dürfen und wollen uns nicht von Tagesstimmungen hochschaukeln und verunsichern lassen. Wir sind keine Einbahnpartei und schon gar keine Einthemenpartei. Wir waren es nie und werden es nie sein. Wir sind lernfähig und setzen Akzente heute anders als gestern, ohne dass wir damit die gesamtheitliche Sicht der vielfältigen Zeitprobleme vernachlässigen. Es ist offensichtlich, dass diese ganzheitliche

Politik, die ganz entscheidend von uns mitgestaltet worden ist, Resultate ermöglicht hat, um die uns viele Länder beneiden. Die Schweiz kennt praktisch keine Teuerung mehr, unsere Arbeitslosenrate ist weltweit einmalig niedrig. Unser Bundeshaushalt ist – vor allem dank freisinniger Standfestigkeit – wieder im Lot. Zudem konnten in zahlreichen Kantonen und Gemeinden die Steuern gesenkt und die schweizerische Sozialpolitik konnte weiter gefestigt werden. Bewegung ist auch in die Verkehrspolitik gekommen: Mit dem Projekt «Bahn 2000» packen wir einen gewaltigen Brocken an. Wir Freisinnigen haben auch in den letzten vier Jahren bewiesen, dass liberale Politik erfolgreich ist.

Politik, die Resultate bringt: FDP

Vertrauen in die Zukunft schaffen und erhalten ist unsere vornehmste, wichtigste freisinnige Aufgabe. Unsere Welt wird auch morgen eine Wachstumswelt sein. Entscheidend ist nur die Frage der Richtung sowie des Masses. Ohne Wachstum brechen die Pfeiler unseres Sozialgebäudes ein. Ablehnung und Angst vor der technischen Entwicklung bringen uns nicht weiter. Sorgen bereitet weniger der technische Fortschritt als vielmehr der menschliche Stillstand. Vertrauen wir in die Möglichkeiten der Technik und der Wirtschaft, in unsere traditionellen demokratischen Institutionen, in die Zukunft unseres Landes und seiner Bürger.

Verlangt ist eine Geisteshaltung, die den Glauben an das Gute im Menschen und an die mit den vielfältigen Herausforderungen verknüpften Chancen einschliesst, die nicht ängstlich zaudert und nur das Negative sieht. «Niemand hat so viele Möglichkeiten gehabt, freie Menschen zu sein», hat Jeanne Hersch treffend gesagt. Auf uns Freisinnige wartet eine bedeutende politische Aufgabe. Krempeln wir die Ärmel hoch. Weil wir wissen, dass wir für eine Politik eintreten, die Resultate bringt.

Es ist nicht nichts geschehen

Freisinniges «Grünbuch» zur Umweltpolitik

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat ein «Grünbuch» zur Umweltpolitik erarbeitet. Darin werden zum einen die umweltpolitischen Fortschritte der zurückliegenden Jahre übersichtlich und faktenreich dokumentiert.

Die Beiträge freisinniger Politiker und Parteigremien werden besonders detailliert und ausführlich dargestellt. Zum zweiten sind verschiedene Thesenpapiere und laufende Projekte, welche für die umweltpolitische Arbeit der Partei in den kommenden Jahren von Bedeutung sein werden, abgedruckt bzw. dargestellt. Zu nennen sind dabei insbesondere das freisinnige Manifest zum Umweltschutz, das nach einem umfangreichen parteiinternen Vernehmlassungsverfahren im vergangenen Februar von einer Delegier-

tenversammlung verabschiedet wurde, die Agrarthesen der FDP-Fraktion der Bundesversammlung sowie das Projekt «Marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz», das vor kurzem erst angelaufen ist. Die Resultate einer Umfrage bei verschiedenen Branchenverbänden sowie sechs kurze Aufsätze prominenter Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft über Grundlagen und Vollzugsprobleme der Umweltpolitik runden den überdurchschnittlichen und faktenreichen Band ab.

Von Zeitlosen und Stürmi

Bürgerliche Erfolge contra rot-grüne Kassandraruhe

Es gibt in den ökonomischen Modellen und in anderen Theorien einen Faktor, der gerne übersehen wird: die Zeit. Im Umweltschutzbereich beispielsweise spielt diese selten eine angenehme Rolle.

Vier Schritte sind es, die bei einem ökologischen Problem aufeinander folgen: das Erkennen des Schadens und dann jenes der Ursache, das Ergreifen und Durchsetzen von Massnahmen und schliesslich deren Wirksamkeit. Und alle vier bräuen, leider, ihre Zeit.

Es hat oft lange gebraucht, bis wir einen Schaden (beispielsweise bei den Wäldern) überhaupt festgestellt, und noch länger, bis wir dessen Ursachen erkannt haben. Und oft umstritten sind nicht nur diese, sondern auch die Massnahmen dagegen. Letztere nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht – wir kennen die Widersprüche von Experten und solchen, die sich dafür halten –, sondern auch politisch: Irgendeine Gruppe wird von den Massnahmen betroffen und findet sie schon deshalb ungerecht. Katalysatoren? Unmöglich, jammerte die europäische Autoindustrie vor weni-

gen Jahren noch – dabei waren sie in Amerika und Japan längst obligatorisch. Und schliesslich der Zeitfaktor Wirksamkeit: Man kann nicht von heute auf morgen drei Millionen Motorfahrzeuge durch neue ersetzen. Es wird Jahre dauern, bis es soweit ist. Auch bei anderen notwendigen Umstellungen.

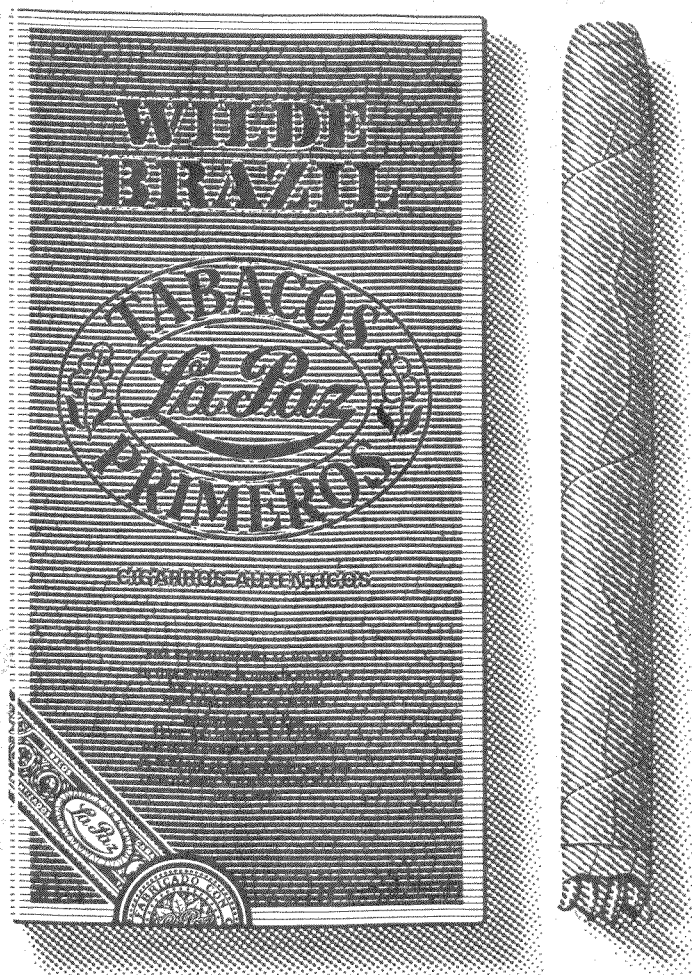
Weil wir heute um die Brisanz der Probleme mehr wissen und weil die Menschen sensibilisiert sind, haben wir auch weniger Geduld: Es ist sofort Remedur zu schaffen! Wir haben bisher nichts getan! Haben wir tatsächlich nichts getan? Blättert man in der Gesetzgebung, erkennt man bald, dass die Lösung zahlreicher Ökologieprobleme in Angriff genommen worden ist, längst bevor man das Wort «Ökologie» (1969) überhaupt kannte und längst «Grün» auch ein politischer Begriff war. Den Gewässerschutz z. B. nahm der Bund 1962 in Angriff (verschiedene Kantone schon früher). Die Verordnung über landwirtschaftliche Hilfsstoffe wurde 1955 erlassen, das Giftgesetz 1969 und das Verbot giftiger Stoffe zwei Jahre später. Das Natur- und Heimat-

schutzgesetz ist mit 1966 und jenes über die Raumplanung mit 1979 datiert. Die Heizölvorschriften sind zwölf Jahre älter.

Gewiss, Warnrufe sind auch überhört worden. Und manches haben wir zu spät bemerkt. Aber man sollte trotz berechtigter Kritik auch das Erreichte sehen – erreicht von bürgerlichen Mehrheiten in den Räten und ohne rote und grüne Kassandraruhe. Der Umweltschutzartikel der Bundesverfassung stammt aus bürgerlicher Küche. Und was die kritisierten Mehrheiten betrifft: Sie haben nicht nur für Umweltschutz, sondern auch für Finanzen, Aussenpolitik, Schulen und Forschung, Landesverteidigung, Entwicklungshilfe, Erhaltung der Arbeitsplätze und anderes mehr Verantwortung zu tragen. Und sie haben in den letzten Jahren vermehrt auch Verantwortung für die Umwelt übernommen. Aber – so unpopulär es auch tönt – die Lösung der Probleme braucht nicht nur Erkenntnisse, Wille und Zuversicht – sie sind vorhanden –, sondern eben auch Zeit. Mit Stürmi kommen wir nicht zum Ziel.

Felix Auer, FDP-Nationalrat, Bottmingen BL

Das Feuerbüschel von La Paz.



Die Geschmacksharmonie mit dem leicht süsslichen Aroma der tropisch warmen Natur. Aus wertvollen Brasil-Tabaken und einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Ohne Retusche. Das ist die authentische Wilde Brazil von La Paz. Mit dem feurigen Charakter. So, wie Brasil-Cigarren sein sollen.

Weil in Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Geschmacks entwickelt, ist sie trotzdem erstaunlich mild im Rauch.

Eben Wilde Brazil aus echtem Brasil. Brasil-Raucher schätzen das.

Cigarros Autenticos.

Bitte senden Sie mir

... Exemplare «Grünbuch» (à Fr. 15.-)

... Exemplare «Freisinniges Manifest zum Umweltschutz» (gratis)

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Die Anliegen der Liberalen von heute

Chancen und Optionen sichern

Für FDP-Ständerat Ricco Jagmetti (ZH) sind die «Sicherung von Optionen und Chancen für die Zukunft wesentliche Anliegen des Liberalen von heute». Dies führte er in einem Referat aus, das in der «Politischen Rundschau» (Heft «Liberaler Positionen») im Wortlaut wiedergegeben ist. Nachstehend ein Auszug daraus:

Freiheit ist nicht Lossage von Bindungen, Absage an Strukturen und Zuwendung zu einem gesellschaftlichen System mit völlig diffusen Bezügen. Freiheit bedeutet viel eher und im Blick auf die Zukunft in ganz besonderer Masse die Bereitschaft, die Verantwortung nicht ändern zu überlassen, bloss zu fordern und sich dann zwangsläufig den vom andern getroffenen Entscheiden unterzuordnen, sondern sich zur Verantwortung zu bekennen und sich – jeder an seinem Ort und alle mit dem Stimmzettel – an den Entscheiden zu beteiligen.

Liberales System besonders geeignet

Sicherung von Optionen und von Chancen für die Zukunft wird dabei zum wesentlichen Anliegen des Liberalen von heute. Das gilt für unsere Umwelt, aus der wir unsere Lebensgrundlagen schöpfen und in der wir uns entfalten. Es gilt ebenso für die wissenschaftlich-technische Entwicklung, wo es darum geht, Chancen zu schaffen und zu nutzen, und zwar für das Individuum und für die Wirtschaft, deren Leistungsfähigkeit auch in Zukunft Voraussetzung für die allgemeine Wohlfahrt und damit für echte Gestaltungsmöglichkeiten der ganzen Bevölkerung bildet. Die Sicherung von Optionen ist auch im internationalen Verhältnis entscheidend, damit wir durch rechtzeitiges, aktives Handeln unsere Position bestimmen können.

Für die Lösung der Zukunftsaufgaben ist das liberale System besonders geeignet, weil es die besten Gestaltungsmöglichkeiten schafft und einem breiten Kreis den Zugang zu den Fragestellungen öffnet. In der Demokratie, mit der das liberale System un-



trennbar verbunden ist, kann die Sensibilität und die Besorgtheit aller zum Ausdruck kommen. So ist der Einzelne nicht einfach davon abhängig, dass die Behörden die Probleme erkennen und richtig handeln. Er kann mitentscheiden und damit mitgestalten. Die Zukunft bewältigen wird denn auch nicht der gelenkte, sondern der freie und verantwortlich handelnde Mensch.

Liberaler Antworten

Gehen wir so vor, sichern wir künftige Gestaltungsmöglichkeiten. Die verantwortungsbewusste Gestaltung der Zukunft verhindert, dass wir in beliebige Bindungen eingeordnet und von Sachzwängen völlig abhängig werden. Wenn wir liberale Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben, bleiben die Zukunftsoptionen erhalten. Die Freiheit in der Zukunft hängt damit von der Handhabung der Verantwortung heute ab. Freiheit heute ist damit Verantwortung. Gleichzeitig aber ist Verantwortung Freiheit für morgen.

Prinzip bringt uns nicht weiter, sondern führt zu einer gefährlichen Polarisierung. Wir brauchen gerade auch im Umweltschutz ein mehrdimensionales und integrierendes Denken und Handeln nach dem Grundprinzip des Sowohl-Als-auch. Jedes Ding hat seine zwei Seiten, jede Tätigkeit darum auch ihre Vorteile wie auch ihre Nachteile.

Eigenverantwortung ...

Wirksamen Umweltschutz betreiben wir dann, wenn wir auf der Eigenverantwortung jedes Einzelnen aufbauen. Aus dieser Eigenverantwortlichkeit heraus können wir jene Voraussetzungen schaffen, die uns einen Lebensraum bieten mit einem erträglichen Mass an staatlichen Eingriffen. Umweltgerechtes Handeln setzt stets die persönliche Einsicht voraus, die nicht durch staatliche Paragraphen ersetzt werden kann. Eigenverantwortung setzt selbstverständlich ein Wissen um die Zusammenhänge voraus. Die Informationen, die Aufklärung, die Transparentmachung der Probleme sind darum wichtige Voraussetzung, dass diese Eigenverantwortung überhaupt zum Tragen kommen kann.

... und staatliche Umweltziele

Eigenverantwortung allein genügt aber nicht. Staatliche Auflagen und Vorschriften sind neben der Eigenverantwortung ebenso notwendig für einen wirksamen Umweltschutz. Der Staat muss klare Umweltschutzziele setzen, wie das in unserem Lande mit dem Bundesgesetz über den Umweltschutz in umfassender Weise geschehen ist. Mit konkreten Vorschriften wird darin die Umweltbelastung in der Weise begrenzt, dass Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Lebensgemeinschaften und Lebensräume gegen schädliche oder lästige Einwirkungen geschützt werden und die Fruchtbarkeit des Bodens gewährleistet bleibt. Das Umweltschutzgesetz baut dabei auf dem Vorsorge- und Verursacherprinzip auf: Schädliche oder lästige Einwirkungen wollen frühzeitig begrenzt und die Kosten der Umweltmassnahmen dem Verursacher überbunden werden.

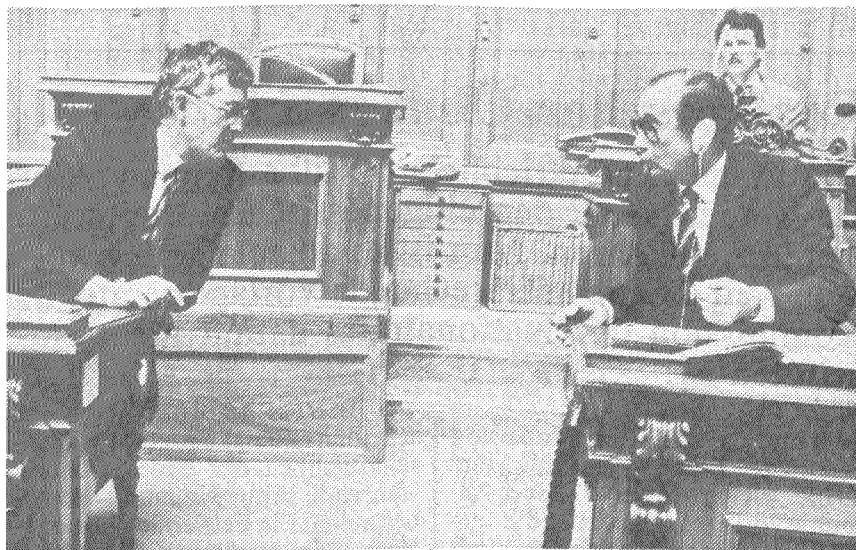
Detailregelung wirkt kontraproduktiv

Während also der Staat die konkreten Umweltschutzziele festzulegen hat, soll die Wahl des Weges möglichst dem einzelnen und also auch der Wirtschaft überlassen bleiben. Nur so ist effizienter Umweltschutz überhaupt denkbar. Perfektionistische Detailregelung wirkt dagegen eher kontraproduktiv. Der Erfolg des Umweltschutzes entscheidet sich eben nicht auf der gesetzgeberischen Ebene, sondern beim praktischen Vollzug. Nach dem Erlass des Umweltschutzgesetzes und den dazugehörigen Verordnungen muss in der Zukunft unser Hauptaugenmerk auf den Vollzug gerichtet sein.

Die oftmals populären Forderungen nach weiteren Verschärfungen der Umweltschutzgesetzes sind dagegen wenig geeignet, einen praktischen Beitrag zu einer raschen Verbesserung der Umweltsituation zu leisten. Unsere Umweltschutzpolitik muss langfristig ausgerichtet sein, weil kurzfristig konzipierte Lösungen unter technischen wie wirtschaftlichen Gesichtspunkten meist zu Fehlentwicklungen führen. Wir müssen dafür sorgen, möglichst wenig Reibungsverluste im Umweltschutz zu haben. Die Unternehmen beispielsweise brauchen einen Spielraum zur Wahl der geeigneten Technik und zur Nutzung der optimalen Möglichkeiten. Sonst wird Umweltschutz ineffizient und wirtschaftlich untragbar.

Anreizschaffung

Neben der Eigenverantwortung und den notwendigen staatlichen



Ob sich FDP-Nationalrat Kaspar Villiger (LU) wohl mit Bundespräsident Pierre Aubert (rechts) über dessen Tätigkeit nach seinem Rücktritt unterhält? (Photo ruti)

Vorschriften sind im Rahmen einer liberalen Umweltpolitik aber auch Anreize zu schaffen für ein umweltgerechtes Verhalten. Wir müssen erkennen, dass auch im Umweltschutz marktwirtschaftliche Instrumente einsetzbar sind. Unser Umweltschutzrecht ist bis anhin polizeirechtlich angelegt. Dies schliesst aber nicht aus, unsere Gesetzgebung mit markt-

wirtschaftlichen Instrumenten zu ergänzen. Alle Bestrebungen, solche Instrumente in einer praktikablen Form auszuarbeiten, verdienen daher unsere Unterstützung. Überall dort, wo über das Spiel der Marktkräfte dem Umweltschutz zum Durchbruch verholfen werden kann, sollten solche neuen Instrumente eingesetzt und zur Wirkung gebracht werden!

Staatliche Umweltziele und Eigenverantwortung

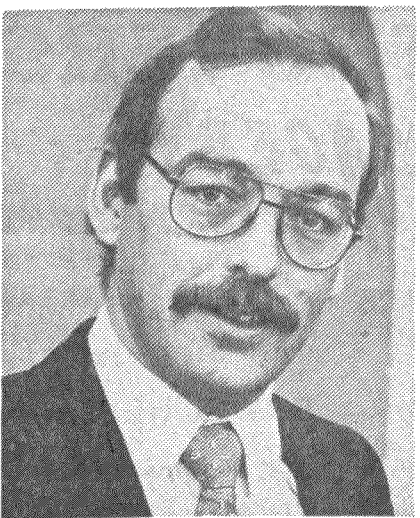
Umweltschutz: Aufholjagd

Der Zustand unserer Umwelt hat sich während der letzten Jahrzehnte in bedenklichem Masse verschlechtert. Allzulang wurde die Notwendigkeit und die Bedeutung eines wirksamen Umweltschutzes auf der ganzen Welt verkannt. Gerade in unserem Lande ist heute eine eigentliche Aufholjagd im Gange, wie FDP-Nationalrat Kurt Schüle (Schaffhausen) feststellt:

Die Anliegen des Umweltschutzes sind in den letzten Jahren ausserordentlich populär geworden. Grün ist die Modefarbe. Der Machbarkeitsglaube sitzt tief. Allerdings werden Massnahmen und Konsequenzen meist von den anderen gefordert. Der Staat soll. Die Wirtschaft soll. Die Industrie soll. Wenn wir die Grünen vom Dienst hören, könnte man meinen, wir brauchten nur die heile Welt heute zu beschliessen und könnten sie sogleich auf morgen in Kraft setzen.

Keine Politik des Entweder-Oder

Umweltschutz ist und bleibt jedoch eine Gemeinschaftsaufgabe, an der einzelne Bürger, jedes Unternehmen wie auch der Staat seinen eigenen Beitrag leisten muss. Eine wirksame Umweltpolitik lässt sich dabei nur in einer Form betreiben, die langfristig angelegt ist und nicht auf kurzfristigen



Emotionen aufbaut. Sie muss fest in unserer Gemeinschaft und Gesellschaft verankert sein.

Umweltpolitik kann keine Politik des Entweder-Oder sein: entweder Technik oder Natur, entweder Naturwissenschaft oder Glaube, entweder Bahn oder Auto. Die Fixiertheit auf dieses

Dazu stehen wir

Grundsätze des modernen Liberalismus

Schwerpunkte freisinniger Politik

Zielsetzungen 87/91

Freisinnig-Demokratische Partei

«Dazu stehen wir» – die neue Broschüre der FDP der Schweiz ist erschienen. Sie enthält neben den «Grundsätzen des modernen Liberalismus», die am 30. April 1982 von der ordentlichen Delegiertenversammlung in Liestal verabschiedet wurden, die «Zielsetzungen 87/91», die an der ordentlichen Delegiertenversammlung dieses Jahres am 8./9. Mai in St. Gallen gutgeheissen wurden, sowie die «Schwerpunkte freisinniger Politik», die auf den «Zielsetzungen 87/91» fussen.

Bitte senden Sie mir die Broschüre «Dazu stehen wir» zu. Gratis.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Talon einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Mitwirkungsgesetz ad acta gelegt

Realistischer Übungsabbruch

Die Frage der betrieblichen Mitbestimmung war ein Dauerthema der eidgenössischen Politik in den letzten Jahren. Nun ist es ad acta gelegt worden, weil die die entsprechende Vorlage beratende Kommission des Nationalrates darauf nicht eingetreten ist:

Bekanntlich schickten Volk und sämtliche Stände am 21. März 1976 gleich zwei Mitbestimmungsvorlagen bachab: die gewerkschaftliche Initiative mit 968 000 Nein gegen 472 000 Ja und den Gegenvorschlag der Bundesversammlung mit 973 000 Nein gegen 434 000 Ja. Gemäss Initiative hätte der Bund die Befugnis erhalten, «Vorschriften aufzustellen... über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen in Betrieb, Unternehmung und Verwaltung». Der Gegenvorschlag klammerte die Mitbestimmung auf Unternehmungsebene aus. Er wollte dem Bund das Recht einräumen, «Vorschriften aufzustellen... über eine angemessene, die Ent-

scheidungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmung während der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in betrieblichen Bereichen. Die Ausübung der Mitbestimmungsrechte steht ausschliesslich den im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmern zu.

Trotz Nein verschiedene Varianten

Trotz eindeutigen Volksentscheiden war das Thema jedoch noch nicht vom Tisch. Elf Jahre später beschäftigt es immer noch eine Nationalratskommission. Nachdem nach den Abstimmungen zwei parlamentarische Vorstösse und ein Gegenentwurf für einen Mitbestimmungsartikel auf Ver-

fassungsebene keine Änderung der grundsätzlichen Positionen brachten, holte die Kommission die Frage auf die Gesetzesebene herunter und konzentrierte sich auf die betriebliche Mitbestimmung. Auf die vorliegenden verschiedenen Varianten zu einem Bundesgesetz über die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Betrieben ist sie nun nicht eingetreten. Den Sozialdemokraten gingen die Entwürfe zu wenig weit, während andere Kommissionsmitglieder kein Mitwirkungsgesetz gegen den Willen der Gewerkschaften realisieren wollten.

Die Gewerkschaften dürften auch insofern über den Nichteintretensentscheid nicht unglücklich sein, als sie auf die Mitbestimmung auf Unternehmungsebene zurückkommen möchten. Ist vor elf Jahren das diesbezügliche Verdikt des Volkes aber nicht deutlich genug ausgefallen? Für die grosse Mehrheit der Arbeitnehmer scheint dieses Thema kaum von grossem Interesse zu sein. Andere Bereiche wie etwa flexible Arbeitszeit, Weiterbildung, Arbeitssicherheit, Ferien oder Gehalt stehen im Vordergrund. Nicht gerade stimulieren dürfte

das Bedürfnis nach Mitbestimmung auf Unternehmungsebene die seit geraumer Zeit positive Wirtschaftsentwicklung. Wie erinnert, herrschte 1976, im Jahr der Abstimmung über die Mitbestimmungsvorlagen, eine schwere Rezession. Sie wurden trotzdem wuchtig verworfen.

Es geht auch ohne Gesetz

Insgesamt bewährt sich die Schweizer Wirtschaft erfolgreich im harten internationalen Wettbewerb, was nebst dem Einsatz der Arbeitnehmer nicht zuletzt Resultat eines effizienten Managements durch den Grossteil der Unternehmensführungen ist. Damit dies so bleibt, ist von einer Mitbestimmung auf Unternehmungsebene abzusehen. Die gerade in einer Zeit des raschen technologischen Wandels äusserst wichtige Dispositionsfähigkeit der Unternehmen würde in Frage gestellt, die unternehmerische Initiative gebremst. Diese ist aber eine entscheidende Voraussetzung für die Schaffung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Zudem würde eine Mitbestimmung bei Unternehmungsentscheiden einen schwerwiegenden Eingriff in unsere Wirtschaftsordnung mit sich

bringen. Dagegen kann eine Mitwirkung der Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene befürwortet werden. Dafür braucht es aber kein Gesetz.

Auf gesamtarbeitsvertraglicher Ebene und in zahllosen einzelnen Betrieben ist die Mitwirkung der Arbeitnehmer trotz den negativen Abstimmungsergebnissen von 1976, beispielsweise auf den Gebieten Arbeitsschutz, soziale Einrichtungen oder flexible Arbeitszeiten, immer weiter entwickelt worden. Grosse Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch dem Ausbau der Information der Arbeitnehmer zu.

Dass in unserem Land die Verantwortung der Sozialpartner und der einzelnen Unternehmungen den Vorrang vor immer weitergehenden gesetzlichen Auflagen hat, zählt sich im Erfolg der Schweizer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb aus. In unserer vorwiegend kleinbetrieblich strukturierten Wirtschaft spielt die direkte, unbürokratische Kommunikation zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohnehin eine entscheidende Rolle. Mit vertrauensbildender Zusammenarbeit und gegenseitiger Achtung ist hier weiter zu kommen als mit einem Gesetz.

Unsere Dienstleistungen

- Liegenschaftsverwaltung
- Erstvermietung
- Beratung und Verkauf
- Projektentwicklung
- Bauherren-Treuhand
- Marketingberatung für Liegenschaften

Mit uns über Liegenschaften reden lohnt sich

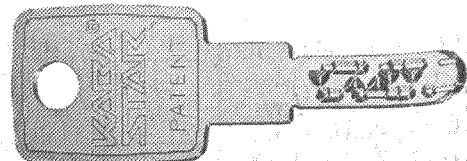
Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 10

EIN SCHUTZ, DER JEDEM ZUSTEHT.

Jeder Mensch lebt gerne in Sicherheit. Berechtigterweise. KABA kommt diesem Bedürfnis gleich doppelt entgegen. Erstens mit der neuartigen Zylinderpanzerung, die das Aufbohren, Abwürgen und Ausreissen des Schliesszylinders praktisch unmöglich macht. Und zweitens mit dem Schlüssel, der zur Panzerung passt: dem bewährten KABA STAR im neuen, funktionsgerechten Design. Sichern Sie sich Ihre Ruhe. Mit einem Schliess-System von KABA.



KABA®

Der Schlüssel zu Ihrer Sicherheit.

Für detaillierte Informationen wenden Sie sich an Ihren Schloss-Spezialisten oder an die Bauer Kaba AG, Postfach, CH-8620 Wetzikon, Tel. 01/931 61 11, Telex 875 481, Telefax 01/931 63 85.

Wer trinkt, wird alt – wer säuft, stirbt bald

Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk, im Übermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jenen Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere langjährige Erfahrung (unser Haus ist seit fast 300 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an (Telefon [043] 21 20 81), oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wi-ibüechli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse
6423 Seewen Schwyz



SCHULER-WEINE
St JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

SBG – für uns schon lange die erste Bank.



SUBS Schweizerische Bankgesellschaft

KAUFLAUTEN RESTAURANTS

Pelikanstr. 18 · 8023 Zürich
01/221 15 05



mit Haarwild- und Wild-
geflügelgerichten in
auserlesenen
Zubereitungsarten.

JY402

HAUS

Paloma

Alters- und Pflegeheim
für Senioren
Haldenstrasse 29
8345 Adetswil-Bäretswil
Telefon 01 - 939 24 00

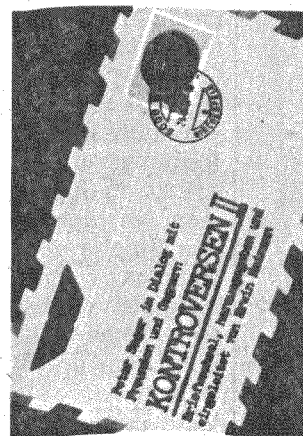
Das Haus mit der
persönlichen Atmosphäre
in der idyllischen
Landschaft des Zürcher
Oberlandes.

SOEBEN ERSCIENEN

KONTROVERSEN II

PETER SAGER

IM DIALOG MIT FREUNDEN UND GEGNERN



Briefwechsel, herausgegeben
und eingeleitet von

ERWIN HEIMANN 2. Band

Die Auseinandersetzung von Nationalrat
Dr. Peter Sager über Umweltsorgen,
Kirche und Politik, Bernische Politik,
Polen, Nicaragua uam.

248 Seiten, broschiert, Sfr. 24.80
In jeder Buchhandlung zu beziehen

VERLAG SOI POSTFACH 3000 BERN 6

Wofür die FDP kämpft

Selbstverantwortung braucht Freiheit

Freiheit und Selbstverantwortung sind «korrespondierende Gefässe». Diese Ansicht vertritt der freisinnige Zuger Regierungs- und Ständerat Andreas Iten:



Ein Teil der Schweizer Presse flirtet seit langem mit Gorbatschew. Er hat Bewegung in die sowjetische Aussen- und Innenpolitik gebracht. Er will sein Land nach innen stärken und appelliert an die Funktionäre, Verantwortung wahrzunehmen. Dann und wann werden exemplarisch hohe Beamte ihrer Funktionen wegen Misswirtschaft enthoben. Das än-

dert aber nichts. Beklagt wird auch Monate später der alte Schlendrian. Der Appell an die Selbstverantwortung lässt das Pendant vermissen, ohne das Verantwortung nicht übernommen wird, nämlich die Freiheit. Anders in der westlichen Welt: Da ist die Selbstverantwortung an die Freiheit gebunden.

Korrespondierende Begriffe

Gerade heute ist es nicht überflüssig, darauf hinzuweisen. Die beiden Begriffe korrespondieren. Ohne Freiheit gibt es kein selbstverantwortliches Handeln und ohne die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, keine Freiheit. Wer an die Selbstverantwortung appelliert, muss Freiräume schaffen, muss ein Klima der Freiheit erzeugen. Würde dies Gorbatschew tun, dann wäre der Flirt berechtigt, und ich würde ihn bewundern.

Wenn wir von Freiheit und Selbstverantwortung reden, dann

tönt dies abstrakt und allgemein. Es gibt die Freiheit nicht, aber es gibt Freiheiten, so wie es nicht die Geschichte gibt, sondern Geschichten, nicht den Fortschritt, sondern Fortschritte, nicht die Verantwortung, sondern Verantwortungen.

Für Freiheit und selbstverantwortliches Handeln

Der allgemeine Appell an die Selbstverantwortung verfehlt den Bürger, wenn man ihm nicht zugleich zeigt, wo die Freiräume sind und ihm beweist, dass man sie garantiert. In diesem Sinne kämpft die FDP-Politik für Freiheiten und selbstverantwortliches Handeln. Wo ein Staat seine Grenzen nicht wahrnimmt und seinen Einfluss ausdehnt, flieht der Bürger in die Illegalität und in die Korruption. Ein Staat vermag niemals alle seine Brüder zu kontrollieren.

Die Schwerpunkte freisinniger Politik: für Qualität der Bildung und Forschung, für weniger Steuern, füreinander statt gegeneinander in der Verkehrspolitik, für neue Technologien als Chance des Kleinstaates, für Neutralität und glaubwürdige Landesverteidigung usw., die auch in diesem Wahlkampf hervorgehoben werden, entspringen den zentralen Grundanliegen der Liberalen, nämlich: dass Freiheit und Selbstverantwortung «korrespondierende Gefässe» sind.

Sondernummer der «Politischen Rundschau»

Liberal Positionen

In der jüngsten Nummer der «Politischen Rundschau», der von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahresschrift, werden verschiedene Beiträge zur Liberalismuskonzeption publiziert. Dazu ein Hinweis von FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger:

«Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat sich seit ihren Anfängen an den liberalen Wertmassstäben zu orientieren versucht. Ausgangspunkt liberalen Denkens war und bleibt der Begriff der Freiheit als Maxime individueller Entscheidungsmöglichkeit. Die Freiheit eines Menschen, seine Ziele selbst zu bestimmen, muss ihre Grenzen aber am ebenso grossen Anspruch jedes anderen Menschen auf Freiheit finden. Sonst wird sie zum angemassen Privileg weniger.» So steht es in der Präambel für die «Grundsätze des modernen Liberalismus», dem heute geltenden Grundsatzprogramm der FDP aus dem Jahre 1982.

Die Autoren der Beiträge in der «Politischen Rundschau» nehmen sich der Begriffe Liberalismus, Freiheit, Selbstverantwortung aus unterschiedlichen Blickwinkeln an. Professor Jagmetti geht auf die neuen Herausforderungen, die an uns herantreten und nach neuen Antworten rufen, ein. Drei Herausforderungen misst er besonderes Gewicht zu: der Umwelt, der Entwicklung der Technik sowie der weltweiten Verflechtung. Für ihn ist die Sicherung von Optionen und von Chancen für die Zukunft das wesentliche Anliegen des Liberalen von heute. Er hält für die Lösung der Zukunftsaufgaben das liberale System als besonders geeignet, «weil es die besten Gestaltungsmöglichkeiten schafft und einem breiten Kreis den Zugang zu den Fragestellungen öffnet».

Ebenfalls mit der Herausforderung des Liberalismus in unserer

Zeit setzt sich in seinem Beitrag Professor Rhinow auseinander. Für ihn sind fünf Kernsätze Ausgangspunkt einer Philosophie des Liberalismus in unserer Zeit, die auf klassischen, geschichtlich überlieferten Grundpfeilern und Grundüberzeugungen beruht. Er geht auch auf die «liberale Gretchenfrage» – «Wie ist heute das Verhältnis des Liberalismus zum Staat zu bestimmen?» – ein. Nach seiner Ansicht braucht der Liberalismus einen entwicklungsfähigen Staat, weshalb für ihn «zur eigentlichen Schicksalsfrage die limitierte Bestimmung des Ob und des Wie der Staatsaufgaben» wird. Er plädiert für eine doppelt kritische Prüfung: einerseits sind bestehende öffentliche Verantwortlichkeiten wieder auf die gesellschaftliche Ebene zurückzuverlagern, und andererseits schlägt er einen fünfstufigen Prüfungsrafter für die Übernahme neuer Verantwortlichkeiten durch das Gemeinwesen vor.

Ein Plädoyer für die Entflechtung der Gesellschaft mit dem Ziel, so dem Postulat von «Mehr Freiheit» nachzuleben, trägt Professor Wittmann vor. Er weist darauf hin, dass die Vorstellungen, «worin Freiheit besteht und wie dieses Ziel zu erreichen ist, diametral auseinandergehen». Er plädiert für eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundprinzipien, denen seiner Ansicht nach in den letzten Jahren ungenügend nachgelebt wurde. Konkret listet er eine Reihe «möglicher und notwendiger Entflechtungen» zugunsten von «Mehr Freiheit» auf. Er warnt deutlich

Nicht nur Politik...

Warum darf ein Wahlkampf nicht farbig sein?

Wir Freisinnigen sind der Ansicht, dass ein Wahlkampf auch etwas farbig sein darf. Nicht nur in der Sachpolitik, sondern auch in der Werbung. Denn ohne Werbung keine Parteien, ohne Parteien kein echter Wahlkampf. Wir Freisinnigen haben Argumente für unsere (Sach-)Politik. Sie können unsere Broschüren «Dazu stehen wir», «Anders als andere» sowie das freisinnige Umweltmanifest mit Aussagen zu unserer Politik mit den in diesem «Freisinn» abgedruckten Talons gratis bestellen. Wir Freisinnigen meinen aber auch, dass wir uns von den andern Parteien nicht nur durch unsere programmatischen Aussagen, sondern als Volkspartei auch durch unsere Bürgernähe unterscheiden. Deshalb haben wir auch unsere Accessoires geschaffen. Mit diesen können Sie nicht nur Ihre freisinnige Haltung bezeugen, sondern auch einen Beitrag an unsere Wahlkampfkosten leisten.

Anzahl/Artikel	Preis	Total
Seidenfoulard	Fr. 49.—	Fr.
Krawatte	Fr. 38.—	Fr.
Portefeuille	Fr. 44.—	Fr.
Armbanduhr □ blau	Fr. 48.—	Fr.
Aktenmappe	Fr. 68.—	Fr.
Solarrechner	Fr. 20.—	Fr.
Schirm	Fr. 35.—	Fr.
Doppelschirm	Fr. 48.—	Fr.
Sportschirm (Klappsitzgriff)	Fr. 44.—	Fr.
Stirnband/Pulswärmer-Set	Fr. 10.—	Fr.
Anstecknadel	Fr. 10.—	Fr.
Windblouson		
..... Grösse S Grösse M		
..... Grösse L Grösse XL	Fr. 30.—	Fr.
T-Shirt		
..... Grösse 10 Grösse 12		
..... Grösse S Grösse M		
..... Grösse L	Fr. 18.—	Fr.
Sonnenhut	Fr. 1.20	Fr.
Wasserball	Fr. 1.50	Fr.
Feuerzeug, Schachtel à 10 Stück	Fr. 13.50	Fr.
Zündholzschachtel, Packung à 10 Stück	Fr. 2.—	Fr.
Kugelschreiber, Schachtel à 10 Stück	Fr. 6.—	Fr.
Kräuterbonbon, 1-Kilo-Dose	Fr. 15.—	Fr.
Erfrischungstüchlein, Packung à 100 Stück	Fr. 20.—	Fr.
Totalkosten		Fr.
+ Verpackungs- und Versandkosten		

Herr/Frau/Frl.
Name, Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Unterschrift

Datum

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an:

Generalsekretariat FDP der Schweiz
z. Hd. von Herrn E. Aebischer
Postfach 2642, 3001 Bern

davor, weiter den Weg zu begeben, den die Schweiz in den letzten Jahren beschritten hat, da «wir auch dorthin kommen, wohin wir uns an sich nicht begeben wollen».

Die Erkenntnis, dass im liberalen Staat Wirtschaft und Gesellschaft dann grundsätzlich am besten funktionieren, wenn den Individuen und den Unternehmen möglichst grosse Handlungsspielräume belassen werden, ruft Peter Morf in Erinnerung. Er verlangt deshalb eine Durchforstung der Erlasse auf sämtlichen Ebenen unseres Staatswesens, wobei Überflüssiges und zeitlich Überholtes zu eliminieren wäre. Vor diesem Hintergrund erwartet er auch bei der Ausarbeitung neuer Erlasse äusserste Zurückhaltung.

Freiheit bedarf der Selbstverantwortung, sie braucht Toleranz und Disziplin. Freiheit ist aber nur dann möglich, wenn der Bürger zu seinem Staat ein persönliches Verhältnis entwickelt. Und die FDP will zu diesem Staat Sorge tragen und ihn pflegen wie einen Baum: Wildwuchs ist zu lichten, und verdorrte Äste müssen abgesägt werden. Dieser

Baum braucht Luft und Sonne, damit er auch in Zukunft reife Früchte tragen kann. Staatliche Krücken sind mit dem Preis eines sehr beengenden Korsetts zu bezahlen. Mit den Beiträgen in der «Politischen Rundschau» soll die Bedeutung der Begriffe Liberalismus, Freiheit, Selbstverantwortung aus unterschiedlichen Positionen in Erinnerung gerufen und die Diskussion darüber geführt werden.

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Wählen bei Abwesenheit oder Krankheit

Wenn Sie am 18. Oktober nicht selbst zur Urne gehen können, weil Sie beispielsweise auf einem Ausflug, in den Ferien oder krank sind, dann haben Sie trotzdem die Möglichkeit zu wählen:

Vorzeitig wählen

Die Kantone ermöglichen an mindestens zwei Tagen ein vorzeitiges Wählen. Entweder sind bestimmte Urnen schon vor dem 18. Oktober geöffnet, oder die Wahlberechtigten können ihren Wahlzettel in einem verschlossenen Umschlag bei einer Amtsstelle abgeben.

Per Post wählen

Sie können auch brieflich wählen. Sie müssen aber Ihre Gemeindekanzlei rechtzeitig darum ersuchen (in den meisten Kantonen schriftlich). Der Brief, der Ihren Wahlzettel enthält, muss in der Schweiz abgestempelt sein.

Wählen durch Stellvertretung

In einigen Kantonen ist es möglich, eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter zur Urne zu schicken. Sie müssen aber den Wahlzettel auf jeden Fall selbst ausfüllen.

«Wanderurne», Hilfe für Invalide Schreibunfähigen Invaliden ermöglicht ein Spezialverfahren die Stimmabgabe. Einige Kantone setzen ausserdem sogenannte Wanderurnen ein.

Wichtig!

All diese Fragen sind in der Schweiz unterschiedlich geregelt. Ihre Gemeindeverwaltung gibt Ihnen gerne schriftlich oder telefonisch nähere Auskunft.

Unabhängige Berater für die Suche von Führungskräften und Geschäftspartnern

RubinConsult

UNTERNEHMUNGSBERATUNG
W. RUBIN
CH-8002 ZÜRICH, FREIGUTSTR. 24
TEL. (01) 202 75 78
MITGLIED DER ASCO

Bitte verlangen Sie Unterlagen und ein unverbindliches Gespräch.

Bitte senden Sie mir

..... Exemplare Politische Rundschau «Liberal Positionen» à Fr. 3.-

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Plädoyer für mehr Menschlichkeit

Mehr Sozialgesellschaft statt Sozialstaat

Mehr Sozialgesellschaft statt Sozialstaat fordert in seinem Plädoyer für mehr Menschlichkeit der freisinnige Baselbieter Ständeratskandidat Prof. René Rhinow:

Wir haben in den letzten 40 Jahren mit Erfolg am Sozialstaat Schweiz gearbeitet. Die soziale Sicherheit wurde stark verbessert. Unsere Sozialwerke für ältere, kranke, verunfallte, invalide Menschen haben einen beachtlichen Stand erreicht, auch wenn sie zweifellos nicht perfekt sind und immer noch Lücken bestehen. Ich möchte auf zwei Tendenzen hinweisen, mit denen wir uns auseinandersetzen sollten.

Fragwürdige «Professionalisierung»

Einerseits hält der Staat mit den Sozialversicherungen die Sozialleistungen allen zur Verfügung. Er gewährt allgemeine Rechtsansprüche, weitgehend ohne Rücksicht auf individuellen Bedarf und besondere Umstände. Darin liegt ein grosser Fortschritt. Denn die Sozialleistungen weisen nicht mehr den Charakter von Almosen auf, und die oft demütigenden Formen der Bittstellung und Gewährung im Einzelfall erübrigen sich weitgehend.

Andererseits wird die nicht in Geld ausdrückbare Hilfe zunehmend «professionalisiert», das heisst medizinischen oder sozialberuflichen Betreuern anvertraut. Wir übertragen die Sorge um unsere hilfebedürftigen Menschen Fachmännern und Fachfrauen mit Wissen und Können. Gewiss auch ein Fortschritt, weil diesen Menschen so fachlich am besten gedient ist. Es kommt hinzu, dass die Betreuung vielfach mit einem Spital- oder Heimaufenthalt verbunden ist. Damit wird diese Hilfe oft von Organisationen getragen, die ganz oder teilweise von Gemeinwesen finanziert werden.

Überdenken

Mir scheint, dass diese beiden Entwicklungen heute zu überdenken sind. Jedes noch so gute Prinzip schlägt ins Gegenteil um, wenn es überdehnt wird. Bei aller Anerkennung der erreichten Erfolge wird heute eine Illusion immer offenkundiger: Zusätzliche

Geldleistungen, Institutionen und «Professionalisierung» können fehlende Mitmenschlichkeit, Wärme und Solidarität nicht ersetzen. Die Sozialwerke sind auch zu Mammutadministrativen geworden mit all den bekannten Nachteilen: Undurchsichtigkeit, Bürokratie, viele Reglemente und Weisungen, mangelnde Flexibilität. Und, was besonders nachdenklich stimmt: Der Ausbau des Sozialstaates hat gleichzeitig auch zu einem Rückgang des Verantwortungsgefühls und der Hilfsbereitschaft im gesellschaftlichen Raum geführt. Die Betreuung wird anderen überlassen – schliesslich zahlt man ja dafür. So besteht etwa die Meinung, den älteren Leuten gehe es gut, wenn nur das Finanzielle (lies AHV) stimmt, wie wenn sie nicht ebenso stark auf den menschlichen Kontakt angewiesen wären.

Ein Zurück darf es nicht geben

Wie soll es weitergehen? Einmal ist der Stand der erreichten sozialen Sicherheit zu halten – das tönt leicht, könnte aber je nach wirtschaftlicher Entwicklung oder bei einem markanten Rückgang des Anteils der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung zum Problem werden. Ein Zurück darf es aber nicht geben. Die künftigen Renten sind unter allen Umständen sicherzustellen. Dann muss vorrangig die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Sozialversicherung realisiert werden. Ein weiterer Ausbau ist jedoch nicht mehr nach dem gleichen Strickmuster vorzunehmen. Sondern es soll gezielt den effektiv Bedürftigen geholfen werden, ohne mit der berühmten Giesskanne alle zu beglücken.

Diese Hilfe muss wieder vermehrt auch im kleineren Kreise erfolgen, wo Begegnung und Wärme wirklich möglich sind: in der Familie, in der Nachbarschaft, im Quartier, in Selbsthilfegruppen, in den Gemeinden. Solche Bestrebungen können vom Gemeinwesen gefördert werden

(Hilfe zur Selbsthilfe), um dem verhängnisvollen Trend zum «Abschieben» aller Menschen, welche in irgendeiner Weise Hilfe brauchen, entgegenzuwirken. Die Grenzen der berufsmässigen Betreuung sind zu überdenken. Vielleicht hilft einem alten kranken Menschen die Zuwendung von Familienangehörigen manchmal mehr als komplizierte und schmerzhaft medizinische Abklärungen noch und noch.

Grosse und kleine Netze

Auch hier gilt es also umzudenken. Die Sorge für ältere, kranke,

invalide und sonstwie bedürftige Menschen, das Eingehen auf jüngere Menschen in der Entwicklung müssen wieder mehr zu unserer aller Anliegen werden. Der Staat und seine Systeme sollen ein Grundnetz an sozialer Sicherheit gewährleisten. Konkrete Menschlichkeit und Nähe vermitteln sie aber nicht, dafür braucht es kleine Netze. Nur diese werden den einzelnen Menschen mit ihren je besonderen Problemen gerecht. Menschen brauchen Menschen, nicht nur Geld und Profis. Gefordert ist also nicht in erster Linie mehr Sozialstaat, sondern mehr Sozialgesellschaft.

SP-Wahlkampfagitator

Am Steuer oder Trittbrettfahrer?

In einem Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei Baselland, das dieser Tage in die Briefkästen zu ruhen kam, heisst es an die Adresse der Freisinnigen, diese seien «seit Jahrzehnten die Trittbrettfahrer des sozialen Fortschritts. So war's zum Beispiel bei der AHV.»

Ehe die Sozialdemokraten derartige Beschimpfungen von sich geben, sollten sie wenigstens etwas die Geschichte der AHV studieren. Die erste, vom Volk 1931 verworfene Vorlage stammte aus der Küche des freisinnigen Bundesrates Edmund Schulthess. Die jetzige folgte der im Krieg vom freisinnigen Bundesrat Hermann Obrecht geschaffenen Lohn- und Verdienstersatzordnung für Wehrmänner. Eine neue AHV forderte der freisinnige Nationalrat Arnold Saxer im Jahre 1938 mit einer Motion. Verwirklicht wurde sie – auf Grund des damals als «kühn» bezeichneten Expertenentwurfs von Saxer – unter der Ägide des freisinnigen Bundesrates Walther Stampfli und gutgeheissen schliesslich in einer denkwürdigen Volksabstimmung im Sommer 1947 – mit überzeugenden Ja-Parolen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen!

Was den Ausbau der AHV betrifft: die ersten vier Revisionen (1950 bis 1956) erfolgten unter der Federführung des KK-Bundesrates Philipp Etter, die nächsten vier (1960 bis 1972) des SP-Bundesrates Hans-Peter Tschudi und die fünfte (1976/77) schliesslich des CVP-Bundesrates Hans Hürlimann. Und es waren jedesmal auch die Freisinnigen, welche diese Vorlagen befürwortet haben. Dass es nach der Ölkrise von 1973 nicht mehr so flott voranging wie in den Jahren zuvor, ist

weder den fortschrittlichen Sozialdemokraten noch den bösen Freisinnigen zu verdanken, sondern schlicht und einfach der nicht mehr so goldenen Wirtschaftslage. Und eine solche ist alleweil die erste Voraussetzung eines Ausbaus der Sozialwerke.

«Wenn jemand überhaupt die Bezeichnung «Vater der AHV» verdient, so ist es der Solothurner Walther Stampfli, der sich allerdings gegen diese Qualifikation gewehrt hat», schreibt der AHV-Historiker Peter Binswanger. Stampfli war Steuermann und alles andere als ein Trittbrettfahrer. Wir empfehlen den sozialdemokratischen Propagandamachern die Lektüre des Binswanger-Büchchens «Geschichte der AHV»!



Liberaler Leute

Seine Berner Erfahrungen und Einsichten hat der nicht mehr kandidierende Zürcher FDP-Nationalrat Hans Georg Lüchinger in einem konzentriert geschriebenen Bändchen mit dem Titel «Das Bundeshaus ist ein Dorf» festgehalten. Das im Verlag Stämpfli

«Lernt die Eidgenossenschaft kennen»

«Wäre es nicht an der Zeit, die CH 91 mit einer neuen Idee zu beleben, die dem Sinn dieser Jahrhundertfeier, das Gemeinsame in der Vielfalt zu bedenken und zu stärken, zutiefst entsprechen würde?» Diese Frage stellt FDP-Nationalrat Kurt Müller in einer Interpellation. Der Zürcher Volksvertreter schlägt vor, unter dem Motto «Lernt die Eidgenossenschaft kennen» verschiedene Aktionen zwischen Gemeinden unterschiedlicher Sprachen und Kulturen zu lancieren, den Jugend- und Lehrlingsaustausch stärker zu fördern sowie Treffen gleicher Berufsgruppen in verschiedenen Firmen zu organisieren.

(Bern) erschienene Werk bringt eine lebensnahe Schilderung des Geschehens in Bern, vermittelt einen Einblick in das Tageswerk eines eidgenössischen Parlamentariers, ohne nicht auch die Schattenseiten anzutippen und vor verhängnisvollen Entwicklungen zu warnen. Die Sprache ist sehr sachlich; wer Indiskretionen oder persönlichen Klatsch erwartet, sieht sich getäuscht. Sehr dezidiert wendet sich Lüchinger gegen die miesmachenden Klischees, wie sie in jüngster Zeit immer häufiger in den Medien weiterverbreitet werden. Wer Informationen über unser Parlament, einen Einblick in das Getriebe und die praktischen Arbeitsbedingungen von Legislative und Exekutive auf eidgenössischer Ebene sucht, der findet diese bei Lüchinger – und erst noch ohne Polemik und ohne subjektive Verzerrungen.

Gerade in der Zeit, da er als Chef des Katastrophenhilfestabes in seinem Heimatkanton voll engagiert war, wurde FDP-Nationalrat Franz Steinegger (Flüelen, UR) zum Präsidenten des Schweizerischen Fremdenverkehrsverbandes gewählt. Diese Organisation ist der Dachverband des schweizerischen Fremdenverkehrs und nimmt dessen Interessen wahr.

Wort gehalten hat FDP-Nationalrätin Susi Eppenberger. Die St. Galler Parlamentarierin, die sich engagiert gegen die Tierversuchsverbots-Initiative von Franz Weber wandte, erklärte im Abstimmungskampf, dass sie sich verstärkt zugunsten von Alternativmethoden zu Tierversuchen einsetzen wolle. Sie hat nun das Präsidium der von ihr mitlancierten Stiftung «3 R – vermindern, verbessern und vermeiden von Tierversuchen» übernommen.

Ehrenmitglied der Liberalen Weltunion, der weltweiten Vereinigung liberaler Parteien, wurde Nationalrat Richard Reich. Dem freisinnigen Zürcher Volksvertreter wurde diese Ehrung am Jahreskongress der Liberalen Weltunion im kanadischen Ottawa für seinen liberalen Einsatz innerhalb und ausserhalb der Weltunion verliehen. Mit der gleichen Auszeichnung wurde auch Prof. Ralf Dahrendorf (BRD) geehrt. – Die Versammlung wählte zudem Dr. Hugo Bütler, Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», als Vizepräsidenten in den Exekutivausschuss der Liberalen Weltunion.

PSYCHOLOGISCHE MANAGEMENT-BERATUNG

E. Arpagaus
Dipl. Psych., a. Personaldirektor

Bearbeitung von Personal-,
Ausbildungs und Führungsfragen
Betriebs- und Marktpsychologie

Persönliche Beratung,
Gesprächspartner
von Führungskräften

Hirschengraben 3, 8001 Zürich
Telefon (01) 252 93 30

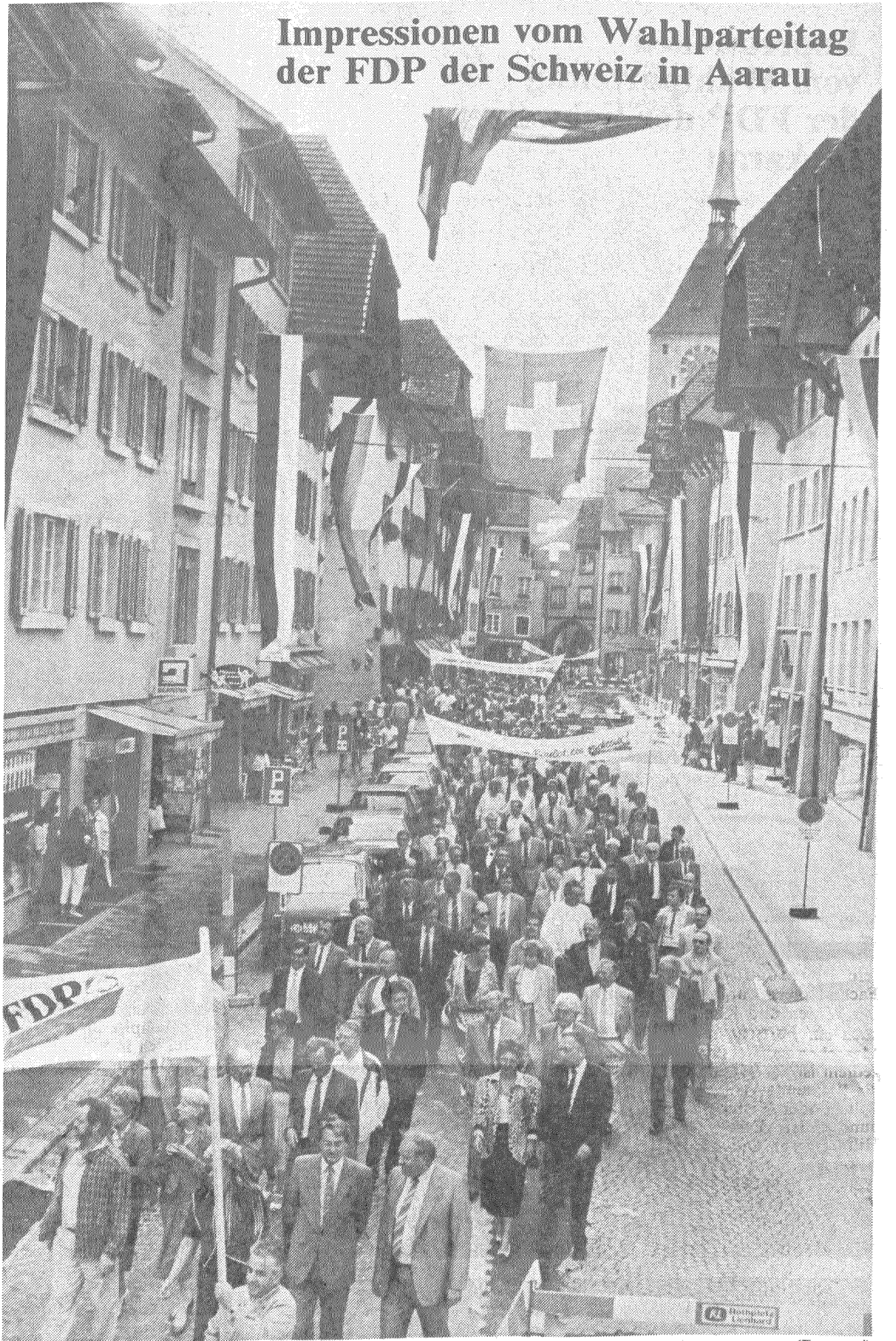
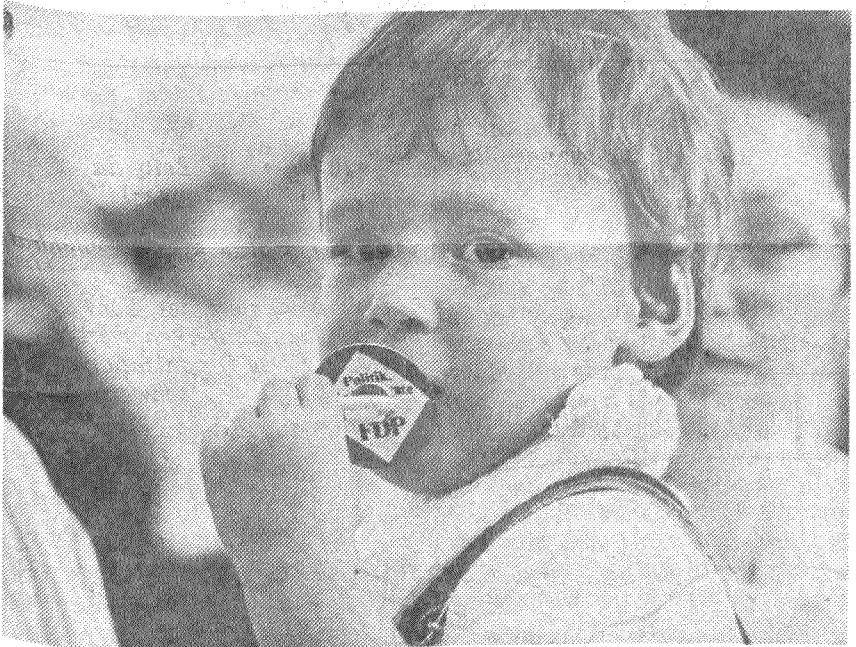
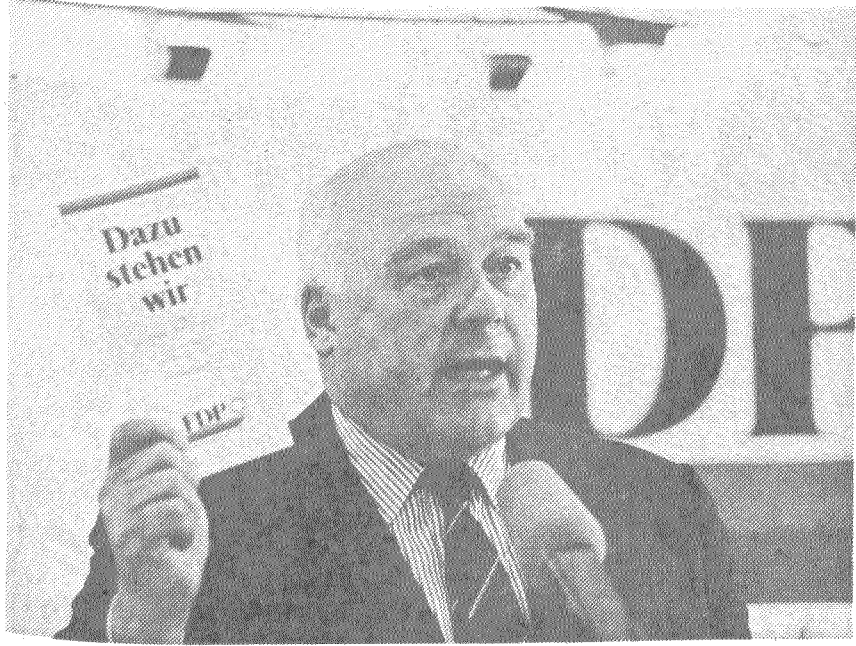
Name, Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern

Senden Sie mir die Broschüre
«Finanz- und steuerpolitische
Standortbestimmungen
der FDP». Gratis.

Im Griff?

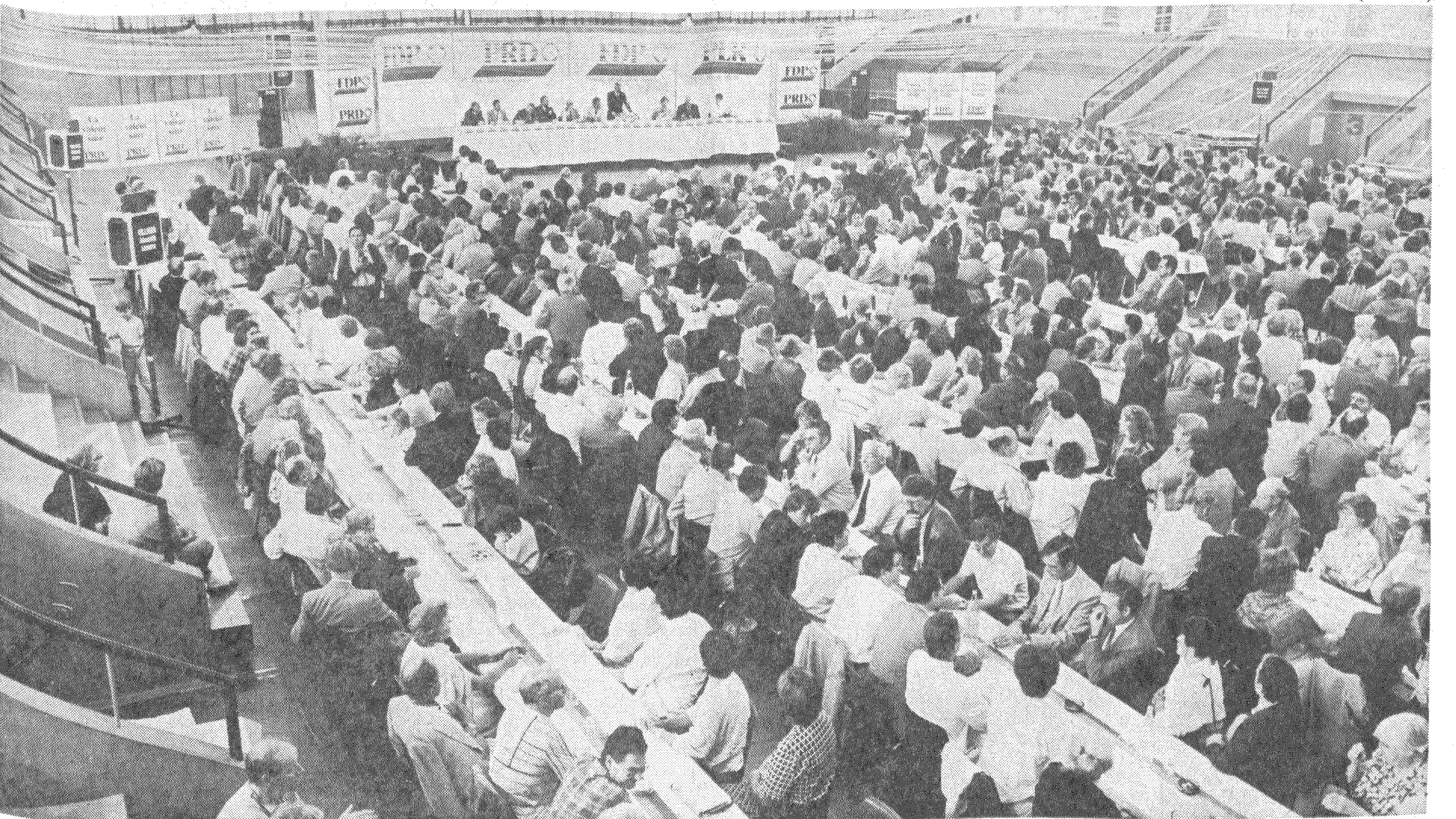
Geld muss zuerst erarbeitet werden, bevor es ausgegeben werden kann. Deshalb setzt sich die FDP für eine gesunde Finanz- und Steuerpolitik in Gemeinden, Kantonen und Bund ein. Die FDP will, dass mit unseren Steuergeldern hausälterisch umgegangen wird und dass alle gerecht besteuert werden. Deshalb hat sie ihre Initiative für «ehe- und familiengerechtere Bundessteuern» eingereicht. Nein sagt die FDP gegenüber jenen, die immer mehr vom Staat fordern. Um die Steuern im Griff zu behalten.

Politik, die Resultate bringt: **FDP**
Freisinnig-Demokratische Partei



Impressionen vom Wahlparteitag der FDP der Schweiz in Aarau

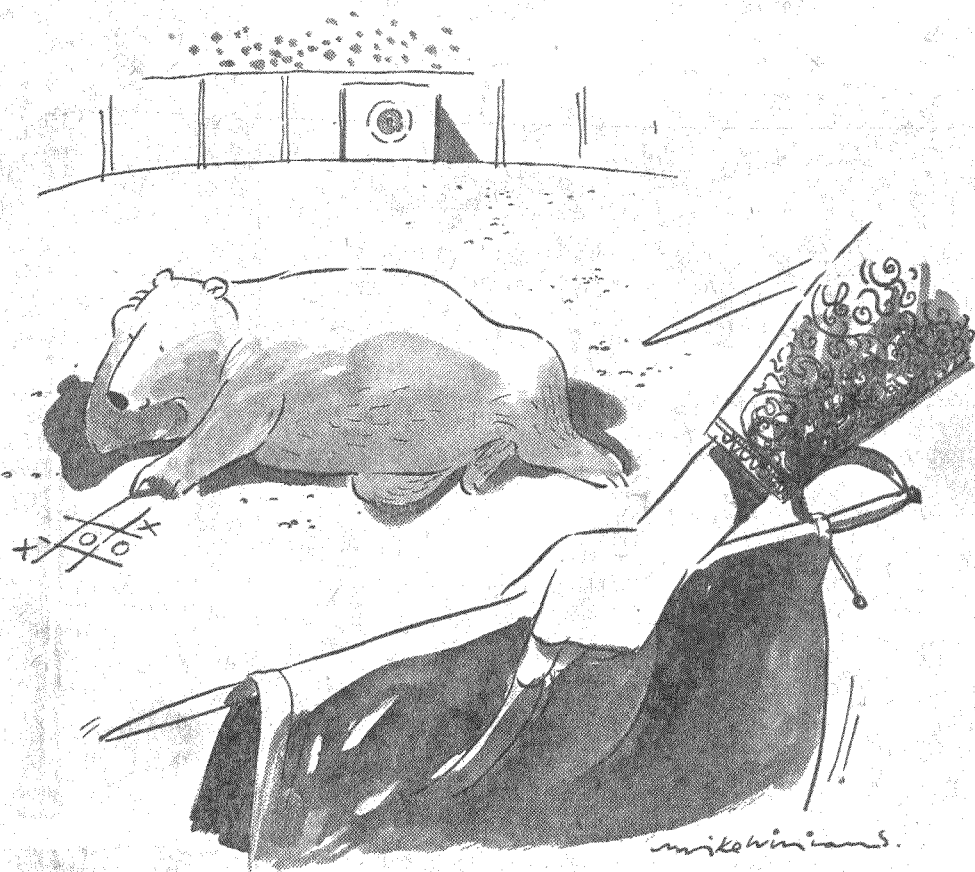
(Fotos ruti)



Impressionen vom Wahlparteitag der FDP der Schweiz in Aarau



(Fotos ruti)



WAS HAT EIN BÄR MIT EINEM BULLEN GEMEINSAM?

Tatsächlich sehr wenig. Bullen neigen dazu, der Herde blindlings zu folgen, loszustürmen ohne nachzudenken. Kaum Eigenschaften, die Sie von Ihrem internationalen Vermögensberater erwarten.

Darum kommen private und institutionelle Anleger aus aller Welt zur Bank Julius Bär, einer der führenden Privatbanken, mit dem Ziel, ihre Vermögensanlage auf besonnene Art und Weise zu erhalten und zu vermehren.

Seit nunmehr über 40 Jahren haben wir uns in diesem Sinne in der internationalen Vermögensverwaltung bewährt.

JB^{co}B BANK JULIUS BÄR
For the fine art of Swiss banking.

Bahnhofstr. 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11, Tx. 823 865